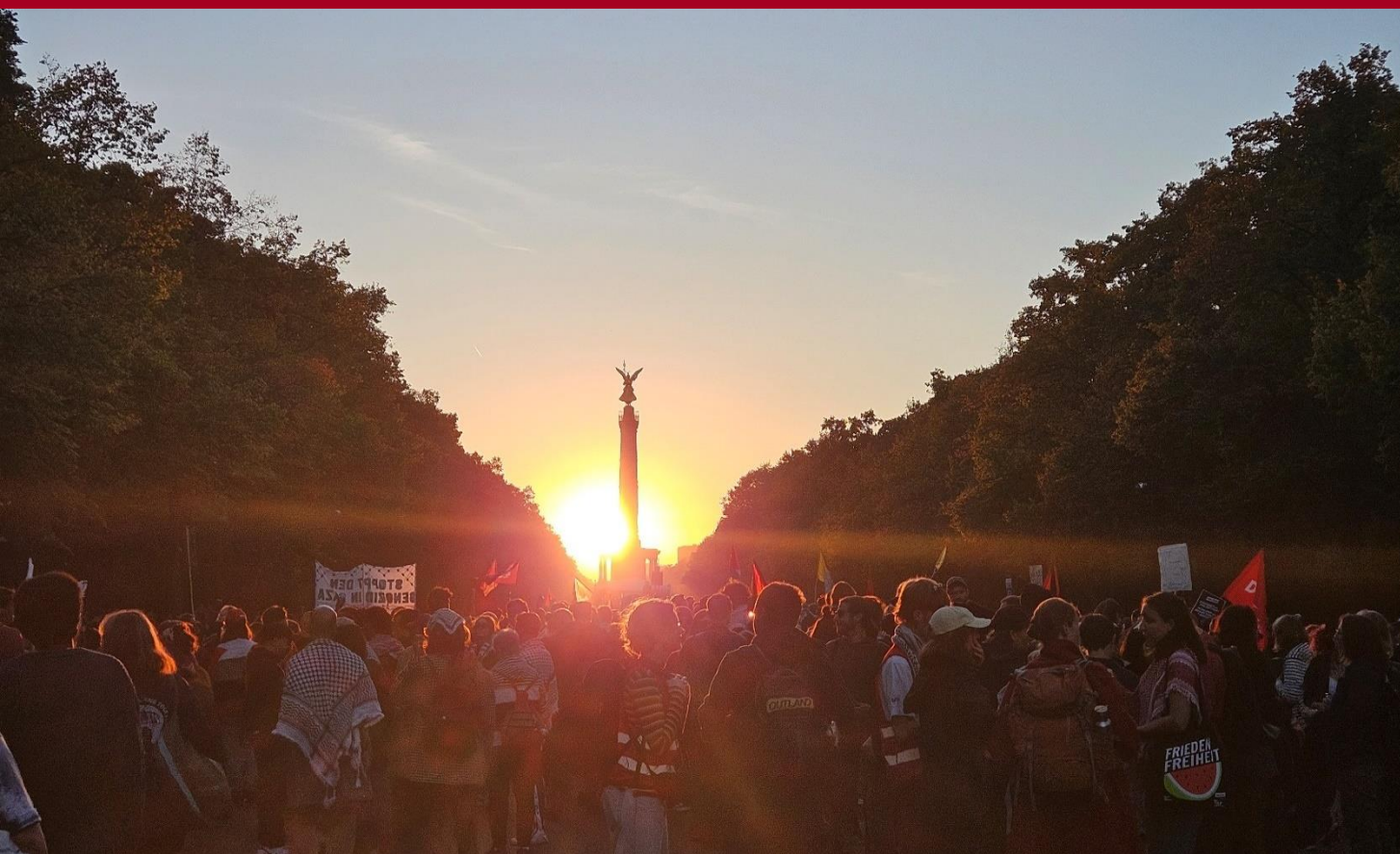


*Felix Anderl, Jannis Julien Grimm, Nina Moya Schreieder,
Elias Steinhilper, Tareq Sydiq*

All Eyes on Gaza / Zusammen für Gaza

Profil der Solidaritätsproteste am 27. September 2025



ipb

2 2025
ipb working paper
ISSN2747-5700

Autor*innen

ipb working papers | Berlin, Oktober 2025

ISSN (Print) 2699-2019

ISSN (Online) 2747-5700

Die ipb working papers werden vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. herausgegeben. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Für die Redaktion der ipb-working papers sind Henry Rammelt, Dieter Rucht und Svenja Spyra verantwortlich.

Alle bisher erschienenen Texte aus der Reihe sind online abrufbar unter:

<https://protestinstitut.eu/publikationen/>



All Eyes on Gaza / Zusammen für Gaza. Profil der Solidaritätsproteste am 27. September 2025 von Felix Anderl, Jannis Julien Grimm, Nina Moya Schreieder, Elias Steinhilper und Tareq Sydiq ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung International Lizenz (CC-BY 4.0).

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von den Protesten vor der Siegessäule erstellt. Das Foto von Jannis Grimm ist lizenziert mit einer Creative Commons CC-0 Lizenz.

Felix Anderl

Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

Universität Marburg

felix.anderl@uni-marburg.de

Jannis Julien Grimm

Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung (INTERACT)

Freie Universität Berlin

jannis.grimm@fu-berlin.de

Nina Moya Schreieder

Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung (INTERACT)

Freie Universität Berlin

moyanina@student.hu-berlin.de

Elias Steinhilper

Deutsches Zentrum für Intergrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

steinhilper@dezim-institut.de

Tareq Sydiq

Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

Universität Marburg

tareq.sydiq@uni-marburg.de

Die Studie wurde in Co-Leitung durch alle Autor*innen verantwortet; Beiträge erfolgten zu gleichen Teilen, die Nennung ist alphabetisch.

Neben dem Autor*innenteam war ein Freiwilligenteam von Wissenschaftler*innen und Alumnae verschiedener Institutionen an der Durchführung der Befragung beteiligt. Für ihre Unterstützung danken wir insbesondere Joy Brinsa, Malaiz Daud, Sophie Falschbner, Annelise Finney, Mara Junge, Lars Mussehl, Hanna Schnieders, Philipp Srama, Vedika Singhania, Damon Taleghani und Jan Wilkens. Wir danken außerdem den Herausgebern dieser Reihe Dieter Rucht und Henry Rammelt für ihr Feedback.

Anderl, Felix/Grimm, Jannis Julien/Moya Schreieder, Nina/Steinhilper, Elias/Sydiq, Tareq. 2025. All Eyes on Gaza / Zusammen für Gaza. Profil der Solidaritätsproteste am 27. September 2025. *ipb working paper series*, 2/2025. Berlin: ipb.

Abstract

Dieses Working Paper analysiert zwei Protestveranstaltungen, die am 27. September 2025 in Berlin unter den Titel „All Eyes on Gaza – stoppt den Genozid“ und „Zusammen für Gaza“ stattfanden und mehrere zehntausend Menschen auf die Straße brachten. Beide Proteste sind Teil einer länger anhaltenden, transnationalen Mobilisierungswelle, die auf die systematische Zerstörung von und humanitäre Katastrophe in Gaza Bezug nimmt, die von zahlreichen Expert*innen als Genozid eingeordnet wird, sowie auf die Einschränkung von Palästina-Solidarität in Deutschland reagiert. Kern des Papiers ist eine systematische Aufschlüsselung der Ergebnisse einer standardisierten Befragung von Teilnehmenden der Demonstrationen. Untersucht werden das soziodemografische Profil der Protestierenden, ihre politischen Einstellungen und Protesterfahrungen, ihre Motivlagen sowie ihre Wahrnehmungen des gesellschaftlichen Kontexts in Deutschland. Die Ergebnisse erlauben, gerade im Vergleich mit Daten aus früheren Demonstrationsbefragungen des ipb zu anderen Themen, neue Einblicke in Dynamiken, Zusammensetzung und Motive von Palästina-Solidaritätsprotesten in Deutschland.

Einleitung	1
Die Proteste im Kontext	2
<i>Das Demonstrationsgeschehen am 27. September 2025</i>	3
<i>Alternativ- und Gegenproteste</i>	4
Methodik	5
<i>Ablauf der Befragung</i>	5
<i>Ergänzende Kurzinterviews</i>	6
<i>Erhebungsinstrument</i>	7
Ergebnisse	7
<i>Soziodemografisches Profil</i>	8
<i>Organisationsgrad</i>	8
<i>Protesterfahrung</i>	10
<i>Vorerfahrungen mit Repression</i>	11
<i>Motive und Strategische Ziele</i>	12
<i>Vertrauen in demokratische Ordnung</i>	13
<i>Politische Verortung</i>	14
<i>Haltung zu gesellschaftlichen Kontroversen</i>	15
<i>Einschätzung des öffentlichen Diskurses</i>	16
<i>Sorgen und Erwartungen</i>	16
Diskussion und Ausblick	17
Bibliographie	20
Anhang	23

Einleitung

Wie über Proteste berichtet wird, prägt, wie sie politisch behandelt werden. Ein eindrückliches Beispiel lieferte die im Vorfeld der Berliner Großmobilisierung in Solidarität mit Gaza vom 27. September 2025 veröffentlichte Berichterstattung, die bereits vorab Eskalation, Vereinnahmung durch „radikale Israelfeinde“ und interne Zerwürfnisse skizzierte – lange bevor es belastbare Erkenntnisse über Teilnehmende, Motivlagen oder den tatsächlichen Verlauf gab. Mit der Zuspitzung „Gibt es irgendetwas, das morgen nicht schiefgehen wird?“ nahm der Tagesspiegel etwa ein Scheitern praktisch vorweg (Leber 2025).

Solche Prognosen, die ohne gesicherte empirische Grundlage Proteste mit tausenden Teilnehmenden pauschal deuten, verengen die öffentlichen Debatten zu einem der aufgeladensten gesellschaftlichen Konflikte in der jüngeren deutschen Geschichte. Sie verstärken dabei die ohnehin fortgeschrittene Lagerbildung und verengen den Blick auf komplexe Mobilisierungen: Einzelne Akteure und Slogans werden pars pro toto gesetzt, heterogene Bündnisse homogenisiert, Risiken maximalisiert. Seit Herbst 2023 oszilliert die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Unterbelichtung und Skandalisierung (Tröger und Hafez 2024; Brandenburg und Mahdhaoui 2024; Goldmann 2025; Strippel u. a. 2025); einzelne Vorkommnisse werden häufig auf die Mobilisierungen insgesamt projiziert, während belastbare Daten dazu „wer demonstriert“ fehlen oder verspätet rezipiert werden. Gerade in Berlin, wo mediale Arenen, Verwaltungspraxis und Polizeistrategien besonders eng aufeinander bezogen sind, entscheiden solche Narrative mit darüber, ob Proteste als legitime Artikulation, als Störung oder als Sicherheitsproblem gelesen werden. Dass dieselben Ereignisse zeitgleich als „beeindruckendes Zeichen“ oder als „Gefährdung“ markiert werden können, verweist auf die Offenheit der Deutung – und damit auf die Notwendigkeit,

sie empirisch zu unterfüttern. An dieser Stelle setzt die vorliegende Studie an: Sie stellt einer spekulativen Erzählung eine empirisch fundierte Beschreibung von Zusammensetzung, Motiven und Wahrnehmungen der Demonstrierenden gegenüber.

Im Fokus stehen zwei zusammenhängende Straßenproteste, beide am 27. September 2025 in Berlin: der Demonstrationszug „Zusammen für Gaza“ (Start am Alexanderplatz, Route durch das Regierungsviertel Richtung Großer Stern) und die daran anschließende Großkundgebung „All Eyes on Gaza – Stoppt den Genozid“ am Großen Stern. Die Veranstalter*innen sprachen im Nachgang von über 100.000, die Berliner Polizei von rund 60.000 Teilnehmenden (tagesschau.de 2025).¹ Zusammen markieren diese Proteste einen Kulminationspunkt der Palästina-Solidaritätsmobilisierung in Deutschland seit 2023. Offizielle Stellen sprachen im Nachgang von einem überwiegend friedlichen Verlauf. Das Veranstaltungsteam wollte die Mobilisierungsstärke als Signal in den bundesdeutschen Diskurs verstanden wissen. Die beiden Ereignisse sind somit als Schlüsselfall geeignet: Sie sind groß, politisch umstritten, medial hoch aufgeladen – und zugleich hinreichend klar umrissen, um die in der Debatte dominanten anekdotischen und zugespitzten Portraits der Palästina-Solidaritäts-Mobilisierungen mit belastbaren Daten zu den bislang größten Protesten zu kontrastieren.

Die Studie versteht sich als empirische Erdung. Indem sie untersucht, wer an den Demonstrationen am 27. September 2025 teilnahm und aus welchem Grund, und wie Teilnehmende ihren Protest begründeten, sollen insbesondere drei empirische Lücken geschlossen werden:

- 1) Einordnung im Protestzyklus: Die Studie verortet die Berliner Doppelveranstaltung im aktuellen Zyklus der Palästina-Solidaritätsproteste und setzt die Befunde in Beziehung zu früheren, thematisch anders gelagerten

¹ Da die Demonstrationszüge fluide waren und viele Menschen an Teilen der jeweils anderen Versammlung teilnahmen, waren diese Menschen nicht alle gleichzeitig auf der Straße. Über den Tag verteilt, an verschiedenen Zeitpunkten und Orten, erscheint die Zahl der Veranstalter jedoch als realistisch.

- ipb-Erhebungen, um Spezifika und Kontinuitäten herauszuarbeiten.
- 2) Komposition der Proteste: Wir liefern erstmalig für den deutschen Kontext empirische Befunde zur Zusammensetzung der Proteste in Bezug auf soziodemografisches Profil, politische Sozialisation und Mobilisierungspfade.
 - 3) Motivlagen und Wahrnehmungen: Die Studie rekonstruiert, welche Anliegen und Sorgen für die Protestteilnahme maßgeblich waren. Hierzu zählen auch die Wahrnehmungen der medialen Berichterstattung sowie des staatlichen Umgangs mit Protesten in Solidarität mit Gaza.

Der Studie liegt ein quantitatives Forschungsdesign zugrunde, das auf einem vielfach erprobten Erhebungsansatz aus der Protestforschung basiert (Andretta und della Porta 2014; Fillieule und Blanchard 2010; Klandermans 2022; Teune und Ullrich 2015). Bei beiden Protesten wurden Teilnehmende vor Ort nach einem systematischen Prinzip ausgewählt und zu einer Online-Befragung eingeladen, die durch persönliche Zugangs-codes vor Manipulation geschützt war. 301 Personen haben an der Umfrage teilgenommen.

Die Studie leistet damit einen doppelten Beitrag: erstens analytisch, indem sie anhand einer standardisierten Teilnehmendenbefragung ein differenziertes Bild der Protestierenden zeichnet; zweitens debatteneröffnend, indem sie die Ergebnisse mit vergleichbaren Datensätzen zu Protesten in Deutschland in Beziehung setzt und so eine Einordnung ermöglicht.

Die Struktur der Studie folgt dem etablierten Zuschnitt der ipb working paper: Wir skizzieren zunächst den Kontext und Forschungsstand, beschreiben dann knapp das Erhebungsdesign und präsentieren die Befunde zur Zusammensetzung, Motivlage und Wahrnehmung der Teilnehmenden, bevor wir die Ergebnisse in den laufenden Protestzyklus und die deutsche Debatte einordnen.

Die Proteste im Kontext

Solidarität mit Palästina ist in Deutschland seit langem gesellschaftlich hochumstritten und stark mit

Debatten um Erinnerungspolitik und die “Staatsräson” verflochten (Marwecki 2020; Atshan und Galor 2020). Seit den Angriffen am 7. Oktober 2023 in Israel und dem Gazakrieg, der von zahlreichen Wissenschaftler*innen und Menschenrechtsorganisationen als Genozid eingestuft wird (z.B., Albanese 2024; Amnesty International 2024; B’Tselem 2021; Human Rights Watch 2024; IAGS 2025; O’Brien 2025; Bartov 2024), hat Palästina-Solidarität eine neue Dynamik angenommen. Aus zunächst spontanen Reaktionen auf die Bilder aus Gaza wurde eine anhaltende öffentliche Auseinandersetzung über Verantwortung, Gewalt und Zugehörigkeit. Vor allem in Berlin traf diese Mobilisierung auf einen stark problematisierenden öffentlichen Diskurs und strenge Verwaltungspraxen. Kundgebungen wurden vielerorts eingeschränkt oder mit Misstrauen belegt, Solidarität mit Palästina geriet häufig unter den Verdacht von Extremismus und Antisemitismus. Zugleich formierten sich neue Bündnisse, die Mahnwachen, Großdemonstrationen, kulturelle Formate und Campusinitiativen verbanden.

Neben der politischen Funktion als Hauptstadt fungiert Berlin innerhalb der Solidaritätsbewegung auch deshalb als zentraler Schauplatz, da die Stadt die größte palästinensische Exilgemeinde in Europa beheimatet (Koch und Ragab 2018) und die Proteste in der Hauptstadt durch ein dichtes Netzwerk von sozialen Bewegungen und aktivistischen Initiativen getragen werden, die größtenteils bereits vor dem 7. Oktober aktiv waren. Diese Netzwerke beinhalten diasporische Gruppen, linke, antifaschistische und abolitionistische Initiativen, antizionistische jüdische Organisationen sowie Studierende. Mit zunehmender Marginalisierung und Repression (Pallies u. a. 2025) verengte sich indes das Spektrum derer, die regelmäßig an Solidaritätsprotesten teilnahmen. So lassen sich mehrere Phasen der Mobilisierung in der Stadt identifizieren.

In der frühen Phase (2. Halbjahr 2023) kam es vor allem zu spontanen Kundgebungen und großen Märschen mit deutlichen Spitzen nach Ereignissen wie der Explosion am Al-Ahli-Krankenhaus sowie dem Bodenangriff und den Bombardierungen von Jabaliya. Ein globaler Aktionstag am 4. November mobilisierte in Berlin eine äußerst heterogene Gruppe Protestierender von mehreren

10.000 Teilnehmenden. Ab Anfang 2024 reagierten Proteste schließlich sichtbarer auf internationale Verfahren und humanitäre Signale, etwa die IGH-Anhörungen, den IGH-Beschluss sowie die offizielle Deklaration einer Hungerkrise in Gaza. Einzelne Fälle mit hoher Symbolkraft wie die Tötung von Hind Rajab oder die Zeltlager-Bombardierung in Rafah blieben während dieser Phase weiterhin zusätzliche Katalysatoren von Mobilisierung. Ab dem Frühjahr 2024 verlagerten sich die Proteste schließlich zeitweise an die Hochschulen (Mauthofer und Grimm 2025). Besetzungen an der Freien Universität Berlin oder die symbolische Umbenennung eines Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin in „Jabaliya Institute“ markierten die zunehmende Verschränkung lokaler Studierendenproteste und transregionaler Bezüge. Im weiteren Verlauf der Proteste stabilisierte sich das Demonstrationsgeschehen ab Mitte 2024 indes in Form eher kleinerer Straßenproteste mit einer Frequenz von rund ein Dutzend kollektiver Aktionen pro Monat. Zudem gewannen Trauerrituale, rechtspolitische Interventionen und kulturelle Formate an Bedeutung. Massenproteste, wie jene am 27. September 2025, blieben die Ausnahme und beschränkten sich auf symbolische Tage, wie den Quds-Tag oder den Weltfrauentag.

Dies liegt auch am stark delegitimierenden diskursiven Kontext. Seit dem 7. Oktober 2023 werden Palästina-Solidaritätsproteste in Deutschland noch stärker als schon zuvor (Haugbolle und Olsen 2023; Hever 2019; Al-Taher 2024; Marwecki 2020) in einem stark moralisch aufgeladenen und hoch politisierten Konfliktfeld verhandelt (Della Porta 2024; Grimm und Mauthofer 2025). Politische Repräsentant*innen und Teile der Medienlandschaft rahmen die Straßenproteste oft als Sicherheitsproblem oder als Ausdruck pauschaler antisemitischer Haltungen. Diese Generalisierung (re)produziert eine polarisierte Öffentlichkeit, in der Lagerbildung statt differenzierter Analyse dominiert (Grimm 2024). Studien zum Berliner Kontext zeigen, dass große Informationslücken in der Berichterstattung über die Zusammensetzung und Zielsetzungen der Demonstrierenden bestehen und ein Vakuum entstehen lassen, das durch anekdotischen politischen Kommentar gefüllt werden kann (Grimm u. a. 2025).

Die dominante Problematisierung von Paläs-

tina-Solidarität schreibt sich in längerfristige Entwicklungen ein, in denen wiederholt restriktive Praktiken wie Raumentzüge, förderpolitische Sanktionen sowie Versammlungsverbote ausgesprochen wurden (Arzt 2025; Ullrich 2024; 2025; Aue u. a. 2025). Nach dem 7. Oktober wurden diese Muster intensiviert, etwa durch kurzfristige Auflagen, großflächige Polizeipräsenz und Eingriffe bei Großkundgebungen.

Das Demonstrationsgeschehen am 27. September 2025

Der Untersuchungsgegenstand der Studie umfasste die Teilnehmenden der Demonstration „Zusammen für Gaza“ am 27. September 2025 in Berlin sowie der anschließenden Großkundgebung „All Eyes on Gaza – stoppt den Genozid“. Parallel zur Großmobilisierung entwickelten sich Gegen- und Alternativformate, welche die Binnenheterogenität der Solidaritätsbewegung mit Gaza reflektierten. Besonders hervorzuheben ist die am Moritzplatz gestartete Demonstration unter dem Motto „United for Liberation“. Für die Datenerhebung der vorliegenden Studie ergeben sich aus dieser Konstellation mehrere Implikationen.

Erstens ermöglichte die klare räumlich-zeitliche Struktur der Zubringeroute und der zentralen Kundgebung die Einrichtung definierter Erhebungspunkte entlang der Strecke und am Großen Stern. Die Kombination aus kanalisierten Zuflüssen und einem statischen Abschlussort begünstigte eine systematische Stichprobenziehung und die Ansprache unterschiedlicher Teilgruppen innerhalb des breiten Bündnisses. Zweitens erzeugte die parallele Existenz alternativer Mobilisierungen potenzielle Selektions- und Kompositionsunterschiede zwischen dem zentralen Protestgeschehen und boykottierenden beziehungsweise eigenständig mobilisierenden Teilöffentlichkeiten. Dies ist bei der Interpretation von Ergebnisunterschieden zu berücksichtigen.

Die beiden Versammlungen am 27.9.2025 waren sowohl thematisch als auch logistisch miteinander verbunden. So fungierte der Demonstrationzug „Zusammen für Gaza“ als Zubringerdemo für die Kundgebung am Großen Stern; er begann um 14:30 Uhr am Alexanderplatz. Der genehmigte Aufzug führte über Spandauer Straße, Karl-Liebknecht-Straße, Unter den Linden,

Wilhelmstraße, Dorotheenstraße, Scheidemannstraße, Yitzhak-Rabin-Straße bis zur Straße des 17. Juni, wo gegen 17:00 Uhr der Beginn der Hauptkundgebung vorgesehen war. Diese anschließende Großkundgebung „All Eyes on Gaza“ am Großen Stern war zwischen 17:00 und 22:00 Uhr dann als offene Bühne für Redebeiträge und Musikacts konzipiert. Das künstlerische Programm war prominent besetzt. Angekündigt waren unter anderem das Berliner Rap-Trio K.I.Z, die Künstler*innen Pashanim, Ali Bumaye, Aya Samra und weitere Acts. Die Berliner Polizei war stadtweit mit rund 1.800 Beamtinnen und Beamten präsent. Die polizeiliche Lageeinschätzung zur zentralen Demonstrationsachse fiel weitgehend positiv aus (*Der Tagesspiegel Online* 2025).

Der Trägerkreis der beiden Proteste überschneidet sich deutlich und umfasste nach Veranstalterangaben mehr als 50 Organisationen und Verbände, darunter Amnesty International, medico international, Eye4Palestine, die Palästinensische Gemeinde Deutschland, Israelis für Frieden sowie die Partei Die Linke. Auf der Unterstützerliste fanden sich zudem Akteure der Klimabewegung wie Fridays for Future. Der gemeinsame Aufrufstext beider Veranstaltungen verurteilte Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen unabhängig von der begehenden Konfliktpartei, richtete seine Hauptkritik angesichts der massiven Zerstörungen in Gaza jedoch an die israelische Regierung und deren Unterstützer*innen.² Gefordert wurden insbesondere ein Ende deutscher Waffenlieferungen an Israel, die politische Unterstützung für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand, ungehinderter Zugang für humanitäre Hilfe, die Unterstützung der internationalen Gerichtsbarkeit, die Freilassung aller Opfer von Kriegsverbrechen auf beiden Seiten sowie die Wahrung der Meinungs-, Versammlungs- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Infrastrukturmaßnahmen umfassten ein Sanitätszelt, barrierearme Sanitäranlagen sowie organisatorische Hinweise zur Eigenversorgung der Teilnehmenden. Ein bundesweites Anreiseprogramm mit Gruppentransporten aus 44 Städten unterstrich die intendierte Reichweite über Berlin hinaus.

² Siehe: <https://www.zusammen-fuer-gaza.de/> und <https://all-eyes-on-gaza.de/>

Der zentrale Unterschied zwischen beiden Veranstaltungen lag in der Rolle der Partei Die Linke. Der inhaltliche Schulterschluss der Partei mit zivilgesellschaftlichen Organisationen war das Ergebnis vorangegangener interner Debatten, in denen insbesondere die Frage nach einer parteiinternen Antisemitismusdefinition kontrovers verhandelt wurde. Auf dem Parteitag am 10.05.2025 in Chemnitz setzten sich die Delegierten gegen den Rat des Parteivorsitzenden Jan van Aken für eine Definition ein, die etwa Boykottaufrufe gegen israelische Produkte nicht per se als antisemitisch klassifiziert. Nach einem zunächst angekündigten, später verschobenen eigenen Großprotest im Juli blieb die konkrete Rolle der Partei bei dem Protest am 27. September zunächst umstritten und mündete in einem Kompromiss: Während die Partei bei der Zubringerdemo eine zentrale Rolle einnahm, trat sie bei der Großkundgebung am Großen Stern bewusst zurück, um den intendierten parteiübergreifenden Charakter des Events nicht zu gefährden. In diesem Sinne formulierten die Veranstalter für die Kundgebung am Großen Stern auch Verhaltenshinweise, die den parteiunabhängigen Charakter betonten, und baten um Zurückhaltung bei Parteifahnen. Zugleich firmierte der Großteil der Organisator*innen auf den Aufrufen beider Veranstaltungen und betonte damit die Einbindung der Linken in ein breiteres Protestbündnis.

Alternativ- und Gegenproteste

Parallel zur Zubringerdemo am Alexanderplatz wurde eine Alternativkundgebung am Moritzplatz in Berlin-Kreuzberg anberaumt. Hintergrund war die offene Kritik einiger seit längerem aktiver Palästina-Solidaritätsgruppen an den zentralen Versammlungen in Berlin Mitte. Diese kritisierten etwa die Rolle und Sichtbarkeit großer NGOs sowie prominenter Einzelpersonen bei „All Eyes on Gaza“ und „Zusammen für Gaza“ und äußerten die damit verbundene Befürchtung, die Deutungshoheit über Solidarität mit Palästina könne sich von basisnahen, kontinuierlich aktiven Netzwerken auf überregionale Akteurinnen und Akteure verschieben. In der Sache zeigten sich Zielkonflikte zwischen Verständigungsformeln wie

„Frieden“ und Forderungen zur „Befreiung“ Palästinas. Vor diesem Hintergrund riefen Teile der Solidaritätsbewegung offen zum Boykott der Großveranstaltungen auf und organisierten eine eigene Demonstration. Der Aufzug in Kreuzberg umfasste zunächst rund 1.200 Personen und bewegte sich unter massiver Polizeipräsenz in Richtung Südstern, wurde jedoch schon nach mehreren hundert Metern und unter Gewalteininsatz von der Polizei aufgelöst. Trotz der Differenzen im Vorfeld wurde auf der Bühne der Großkundgebung am Großen Stern wiederholt die Solidarität mit den Protestierenden der Alternativdemonstration am Moritzplatz zum Ausdruck gebracht und die Polizeigewalt dort verurteilt.

Neben diesen Versammlungen fand am selben Tag eine weitere Demonstration des „Netzwerks Progressive Linke“ statt, was die institutionelle Pluralisierung innerhalb des parteinahen Spektrums verdeutlicht. Von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien diskutierten vor allem die Grünen ihr Verhältnis zur Großdemonstration, ohne eine klare Aussage für oder gegen die Teilnahme zu treffen. Im Rahmen eines kleineren Gegenereignisses versammelten sich zudem etwa 100 Personen zur Unterstützung Israels und „gegen alle Formen des Antisemitismus“. Diese Koexistenz von Großprotest, alternativen Mobilisierungen und kleineren Gegenkundgebungen illustriert die Fragmentierung, aber auch die Resonanzfähigkeit der öffentlichen Auseinandersetzung im Berliner Stadtraum.

Methodik

Der Studie liegt ein quantitatives Forschungsdesign zugrunde, das auf einem vielfach erprobten Erhebungsansatz aus der Protestforschung basiert (Andretta und della Porta 2014; Fillieule und Blanchard 2010; Klandermans 2022; Teune und Ullrich 2015). Die zugrunde liegende Methode wurde vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) für den deutschen Kontext angepasst und in den vergangenen Jahren bei zahlreichen Demonstrationsbefragungen angewandt (u.a. Anderl u. a. 2025; Meier u. a. 2023; Haunss u. a. 2023; Rucht u. a. 2024). Die Erhebung wurde ausgehend von diesem Ansatz von einem Team von Mitgliedern der ipb geleitet: Felix Anderl und

Tareq Sydiq (Philipps-Universität Marburg), Janis Julien Grimm und Nina Moya Schreieder (IN-TERACT, Freie Universität Berlin) und Elias Steinhilper (DeZIM). Für die Befragung der Gaza-Demonstrationen wurde das Standardinstrument um spezifische Fragen zum Kontext der Demonstration ergänzt.

Ablauf der Befragung

Die Feldarbeit begann am Veranstaltungstag um 14:30 Uhr auf der Berliner Museumsinsel, wo sich das Erhebungsteam versammelte und in fünf Kleingruppen aufteilte. Das Team bestand aus zwanzig freiwilligen Studierenden und Wissenschaftler*innen, die am Vortag eine digitale Schulung absolviert hatten. Diese Schulung vermittelte neben den inhaltlichen Zielen der Studie auch einheitliche Standards für Ansprache, Gesprächsführung, Dokumentation von Ablehnungen und Sicherheitsvorkehrungen im Feld.

Ein besonderes Augenmerk lag auf der Diversität des Teams: Die Zusammensetzung der Befragter*innen sollte hinsichtlich Geschlecht, Alter, Herkunft und sprachlicher Kompetenz möglichst heterogen sein, um Selektionseffekte im Kontaktverhalten zu minimieren. So konnte gewährleistet werden, dass unterschiedliche Gruppen von Demonstrierenden mit gleicher Wahrscheinlichkeit und Offenheit angesprochen wurden.

Alle Beteiligten trugen sichtbare Namensschilder mit dem Hinweis „Befragungsteam ‚All Eyes on Gaza/Zusammen für Gaza‘ - Institut für Protest- und Bewegungsforschung“. Um eine Assoziation der Befragungsteams mit bestimmten politischen Lagern und daraus folgende Verzerrungseffekte auf das Antwortverhalten der Protestteilnehmende zu vermeiden, trugen die Befragungsteams neutrale Kleidung und verzichteten strikt auf Kleidungsstücke und Symbole, die als Ausdruck politischer Positionierung hätten verstanden werden können (z.B. mit der palästinensischen oder israelischen Flagge assoziierbare Kleidungsfarben oder thematisch aufgeladene T-Shirts).

Die Datenerhebung begann um 15:00 Uhr und stützte sich auf ein systematisches und zugleich praxiserprobtes Vorgehen, das in der internationalen Protestforschung als Standard für on-site sampling etabliert ist (Stekelenburg u. a. 2012;

Peterson u. a. 2018a). Um eine Stichprobe zu generieren, die das heterogene Teilnehmendenfeld möglichst zuverlässig abbildet und nicht auf Selbstselektion beruht, wurde das „Pointer“-System angewendet (Andretta und della Porta 2014, 319–21). In jeder Feldgruppe war eine Person für die Auswahl zuständig: Sie zählte fortlaufend die Teilnehmenden entlang des Demonstrationszuges und wies den Interviewer*innen jede zehnte Person zu. Die Pointer:innen wechselten regelmäßig ihre Position, um unterschiedliche Segmente der Demonstration – vom vorderen Lautsprecherwagen bis zum hinteren Ende – zu erfassen. Durch diese Trennung von Auswahl und Ansprache wird die Gefahr selektiver Auswahlentscheidungen reduziert (Peterson u. a. 2018b, 233).

Bei der statischen Kundgebung am Großen Stern, wurde das Vorgehen angepasst. Dort sprachen die Befrager*innen jede fünfte Person an, wobei die Fläche systematisch von vorne nach hinten abgedeckt wurde. Das Ende der Feldzeit wurde auf 19:30 Uhr festgelegt. Somit erstreckte sich der Erhebungszeitraum über 4,5 Stunden (15:00–19:30 Uhr). Durch die zeitlich und räumlich gestaffelte Vorgehensweise konnte sichergestellt werden, dass auch jene Demonstrierenden erfasst wurden, die erst im späteren Verlauf der Veranstaltung hinzustießen.

Die Ansprache der Teilnehmenden folgte einem einheitlich formulierten, kurzen Satz, der den wissenschaftlichen Charakter der Studie, die Freiwilligkeit der Teilnahme und die Anonymität der Befragung betonte. Der Ansprechttext lautete:

„Hallo, wir sind vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung und führen heute eine wissenschaftliche Befragung zur Demonstration durch, um mehr über die Zusammensetzung und Motive der Teilnehmenden zu erfahren. Die Befragung ist anonym und kann online auf Deutsch oder Englisch ausgefüllt werden. Wenn Sie mitmachen möchten, können Sie diesen Zettel mitnehmen – dort steht der Link und ein persönlicher Zugangscode.“

Die Ansprache wurde bewusst knapp gehalten, um den Demonstrationsfluss nicht zu stören. Bei Rückfragen erklärten die Befrager*innen nach einem standardisierten Leitfaden den

wissenschaftlichen Zweck der Studie, die Unabhängigkeit von staatlichen oder parteipolitischen Auftraggebern, die Anonymität der Daten und den Ablauf der Online-Teilnahme.

Insgesamt wurden 1.003 Einladungszettel mit individuellen Zugangscodes verteilt. Diese Zettel enthielten eine kurze Beschreibung der Studie, die URL zur Online-Umfrage sowie einen einmalig nutzbaren Zugangscode, um sicherzustellen, dass nur vor Ort anwesende Demonstrierende teilnehmen konnten. Mehrfacheingaben mit demselben Code waren nicht möglich. Für die Auswertung wurde stets nur eine Eingabe pro Code berücksichtigt. Der Fragebogen stand in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung, um auch internationalen Teilnehmenden den Zugang zu erleichtern. Die Wahl der Sprache (Deutsch oder Englisch) bei der Ansprache orientierte sich an der sprachlichen Präferenz der kontaktierten Person.

Parallel zur Datenerhebung wurden Ablehnungen und Nachfragen systematisch dokumentiert. Diese Ablehnungs- -Dokumentation erfasste sowohl den Grund der Ablehnung (z. B. Zeitmangel, Misstrauen, Sprachbarrieren) als auch qualitative Eindrücke zum Gesprächsverlauf. Die Reflexionsprotokolle des Befragungsteams flossen in die methodische Nachbereitung und Dateninterpretation ein.

Ergänzende Kurzinterviews

Ergänzend zur Online-Befragung führte das Team vor Ort 43 Kurzinterviews durch, die durchschnittlich drei Minuten dauerten. Jede 20. angesprochene Person wurde gebeten, an dieser Kurzbefragung teilzunehmen. Diese diente der Erhebung grundlegender demografischer Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau) sowie einiger weniger Einstellungsfragen. Die gewonnenen Daten ermöglichen einen Abgleich zwischen dem Online- und dem Vor-Ort-Sample und helfen zu beurteilen, ob bestimmte Gruppen – etwa ältere, digital weniger affine oder politisch besonders engagierte Personen – im Online-Datensatz über- oder unterrepräsentiert sind (Rüdig 2008; Walgrave u. a. 2016; Walgrave und Verhulst 2011; Rainsford und Saunders 2024).

Die Umfrage verlief ohne Zwischenfälle und wurde vom Großteil der Demonstrierenden

positiv aufgenommen. Die meisten Angesprochenen reagierten freundlich oder interessiert; nur wenige lehnten die Teilnahme ab, zumeist aufgrund von Zeitdruck oder Erschöpfung. Einzelne Teammitglieder berichteten von Wiederbegegnungen mit bereits kontaktierten Personen, was auf eine Sättigung als Ergebnis der Rekrutierung über mehrere Stunden hinweg hinweist.

Erhebungsinstrument

Der Fragebogen umfasste insgesamt 33 Fragen, deren Bearbeitung im Durchschnitt rund zehn Minuten beanspruchte. Die Themenblöcke umfassen:

- Mobilisierung und Motivation zur Teilnahme;
- Politische Einstellungen und Wahrnehmungen des Konflikts;
- Einschätzungen zur Demonstration selbst (zum Beispiel Sicherheit oder antizipierter Repression und Berichterstattung);
- Gefühlslagen und Identifikation mit der Gaza-Solidaritätsbewegung;
- Soziodemografische Angaben.

Die Online-Befragung wurde mit der Befragungs-Software LimeSurvey umgesetzt und war bis zum 5. Oktober 2025 geöffnet. Insgesamt gingen 301 ausgefüllte Fragebögen ein (davon 244 vollständig). Bezogen auf die Zahl der verteilten Einladungen entspricht dies einer Rücklaufquote von 30%, was im Vergleich zu ähnlichen Protestbefragungen in Deutschland (Daphi u. a. 2023, 447) einen hohen Wert darstellt. Die Auswertung der erhobenen Daten erfolgte mit der Statistiksoftware R. Textbasierte Antworten wurden, sofern möglich, numerisch kodiert, um sie für quantitative Auswertungen nutzbar zu machen.

Ergebnisse

Insgesamt zeigt die Protestlandschaft am 27. September 2025 ein komplexes Zusammenspiel aus breitem zivilgesellschaftlichem Bündnis, parteipolitischer Einbindung samt interne Kontroversen, künstlerisch-kultureller Aufladung als Mobilisierungsressource, alternativen bewegungsinternen Ausdrucksformen und einer verhaltenen, überwiegend deeskalierenden Sicherheitsarchitektur. Diese Kontextbedingungen bilden den Bezugsrahmen für die im Folgenden präsentierten Erhebungsergebnisse und die Analyse der Zusammensetzung, Motivlagen und Wahrnehmungen der Teilnehmenden von „Zusammen für Gaza“ und „All Eyes on Gaza“. Sie markieren zugleich die Grenzen der Generalisierbarkeit auf protestexterne Teilsegmente, die sich am selben Tag in getrennten Formationen artikulierten. Im Folgenden schlüsseln wir die Ergebnisse unserer Befragung entlang der oben aufgeführten Themenblöcke des Fragebogens auf.

201 unter den Befragten (78,5%) gaben an, an der Kundgebung „All Eyes on Gaza – Stoppt den Genozid!“ am Großen Stern teilgenommen zu haben. Fast ebenso viele, nämlich 198 Personen (77,3%), gaben an, an der Demonstration „Zusammen für Gaza“ teilgenommen zu haben, die vom Alexanderplatz ausging. Die Mehrheit unserer Studienteilnehmer*innen (55,9%) nahmen zudem zumindest zeitweise sowohl an der Zubringerdemonstration als auch an der Kundgebung am Großen Stern teil. Da Mehrfachnennungen möglich waren, liegt die Summe der relativen Häufigkeiten über 100%.

Eine deutlich geringere Überschneidung zeigt sich zur Demonstration am Moritzplatz. Lediglich sechs unter 301 Personen gaben im Fragebogen an, sowohl an der Kundgebung am Moritzplatz als auch später an den Großdemonstrationen in Berlin Mitte teilgenommen zu haben.³

³ Angesichts der zeitlichen Einschränkung und der deutlich geringeren Größe des Protests am Moritzplatz mit weniger als 2000 Teilnehmenden ist die Fallgesamtheit von Moritzplatz-Demonstrierenden, die zum Großen Stern kamen, in der Stichprobe dennoch beachtenswert.

Soziodemografisches Profil

Zunächst richten wir den Blick auf das soziodemographische Profil der Demonstrierenden. Die Demonstrierenden, die an unserer Befragung teilnahmen, sind zwischen 15 und 77 Jahre alt und hatten ein mittleres Alter von 36,5 Jahren. Davon identifizierten sich etwas mehr als die Hälfte (54,6 %) männlich, 41,3% als weiblich und 4,1% gaben „divers“ an. Knapp ein Drittel der Befragten befand sich in Ausbildung (Schülerin, Auszubildender, Student*in). Ein weiteres Drittel geht einer Vollzeitarbeit und 12,6% Teilzeitarbeit nach. Etwa 12% der Befragten sind selbstständig (etwas über dem Wert der Gesamtbevölkerung). Geringe Werte fanden wir in Bezug auf Beamt*innen, Erwerbslose und Rentner*innen, Frührentner*innen oder Pensionär*innen.

Bemerkenswert ist der hohe Bildungsgrad der Demonstrierenden. Auf die Frage „Was ist Ihr bislang höchster Bildungsabschluss?“ antworten 58,4% mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. 11,4% sind sogar promoviert (siehe Grafik 1). 22,5% haben Abitur. Zusammengenommen 7,3% geben Real- oder Hauptschulabschluss als ihren höchsten Bildungsgrad an. Nur eine Person hat (noch) keinen Abschluss. Viele kommen aus Akademikerfamilien: 42,6% geben an, beide ihrer Elternteile hätten an einer Hochschule studiert, bei weiteren 23% jeweils ein Elternteil. 86,1% der Befragten haben die deutsche Staatsbürgerschaft und drei Viertel wurden in Deutschland geboren (siehe Grafik 2), 10% in einem anderen EU-Land. Direkte persönliche oder familiäre Bezüge zur Konfliktregion waren eher die Ausnahme: Zwei Teilnehmende wurden in Israel geboren (0,8%) und 4,5% in einem anderen Land im Nahen Osten oder Nordafrika. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Blick auf das Geburtsland der Eltern. Sechs Teilnehmende geben an, ihre Eltern seien in Palästina geboren (2,4%). Ansonsten ähneln sich die Werte. Die Frage zum Wohnort der Teilnehmenden zeigt, dass trotz der bundesweiten Mobilisierung insbesondere Berliner*innen angesprochen wurden. 97% der Teilnehmenden wohnen in Deutschland, davon wiederum 70% in Berlin. Der Rest verteilt sich auf andere Bundesländer.

Unsere Daten geben zudem Aufschluss darüber, ob die befragten Personen die Demonstration allein oder in Begleitung besucht haben (siehe Grafik 3).⁴ Insgesamt zeigt sich deutlich, dass der Großteil der Befragten nicht allein an der Demonstration teilnahm, sondern in Gesellschaft anderer Personen. Am häufigsten wurde angegeben, mit Freund*innen auf der Demonstration gewesen zu sein (59,6%). Auch die Teilnahme mit Partner*in (26,5%) sowie mit Mitgliedern der eigenen Initiative, Gemeinde oder des Vereins (19,6%) wurde vergleichsweise häufig genannt. Ebenfalls häufig war die Begleitung durch Familienangehörige (18,5%) und Bekannte (14,6%). Weniger verbreitet war die Teilnahme mit Mitschülerinnen, Kommilitoninnen oder Arbeitskolleg*innen (6,5%). Nur ein kleiner Teil der Befragten gab an, allein an der Demonstration teilgenommen zu haben (9,2%). Die hohe Zahl an Mehrfachnennungen deutet zudem darauf hin, dass viele Personen in mehreren sozialen Konstellationen unterwegs waren, etwa mit Freund*innen und gleichzeitig mit Mitgliedern einer Initiative. Diese Ergebnisse korrespondieren mit dem Forschungsstand der Sozialen Bewegungsforschung, wonach Demonstrationen für viele Teilnehmende auch ein soziales Ereignis darstellen.

Organisationsgrad

Die Ergebnisse unserer Befragung beleuchten die Rolle der aufrufenden Organisationen in der Mobilisierung für die Demonstration (siehe Grafik 4).⁵ Die Mehrheit der Teilnehmenden (66,5%) war nicht über eine formale Organisationszugehörigkeit an der Demonstration beteiligt. Unter denjenigen, die in einer Organisation engagiert sind, wurde am häufigsten eine Mitgliedschaft oder Aktivität in der Partei Die Linke genannt (20,2%). Daneben findet sich Engagement in zivilgesellschaftlichen und menschenrechtlichen Organisationen wie Amnesty International Deutschland (3,9%) und medico international (3,5%). Einzelne Nennungen gab es zudem für die Palästinensische Gemeinde Deutschland (0,4%) sowie für Eye4Palestine (1,6%). Unter der Kategorie Sonstiges wurden weitere kleinere Initiativen und Gruppierungen

⁴ Mehrfachnennungen waren möglich, sodass eine Person mehrere Begleitungsformen angeben konnte.

⁵ Da Mehrfachnennungen möglich waren, übersteigt die Summe der relativen Häufigkeiten 100%.

gen zusammengefasst, die insgesamt 10,5% der Nennungen ausmachten.

Insgesamt zeigt sich, dass die Demonstrationen zwar von einem breiten Bündnis unterschiedlicher Organisationen getragen wurden, die Mehrheit der Teilnehmenden jedoch keiner dieser Gruppen direkt angehört. Auffällig ist dennoch der vergleichsweise hohe Anteil von 20,2%, die eine Zugehörigkeit zur Partei Die Linke angaben. Dies weist darauf hin, dass es der Partei gelungen ist, ihr politisches Umfeld effektiv zu mobilisieren. Damit spielte Die Linke offenbar eine zentrale Rolle in der organisatorischen und personellen Mobilisierung für die Demonstration. Gleichzeitig verdeutlicht der hohe Anteil unabhängiger Teilnehmender, dass die Mobilisierung über das parteipolitische Milieu hinaus Wirkung entfaltete und auch Personen ohne institutionelle Anbindung erreichte.

Unsere Ergebnisse zeigen zudem, dass sich auch jenseits des Spektrums der Organisator*innen der Großkundgebungen nur ein kleiner Teil der Befragten aktiv in einer weiteren explizit Palästina-solidarischen Organisation engagiert. Von insgesamt 259 Personen, die die Frage beantworteten, gaben 232 Befragte (90%) an, nicht in einer solchen Organisation aktiv zu sein. Lediglich 27 Personen (10%) erklärten, sich abseits der Demonstration in einer Palästina-solidarischen Gruppe oder Initiative zu engagieren. Damit zeigt sich, dass das aktiv organisierte Engagement im Kontext der Palästina-Solidarität auf eine relativ kleine Minderheit der Teilnehmenden beschränkt ist. Zugleich deutet der Anteil von rund 10% darauf hin, dass es innerhalb der Demonstration eine Gruppe erfahrener Aktivist*innen gibt, die über bestehende organisatorische Strukturen verfügen und diese vermutlich auch in die Mobilisierung eingebracht haben. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden hingegen scheint nicht fest in Palästina-solidarischen Organisationen eingebunden zu sein und die Demonstration eher als Ausdruck spontaner oder themenbezo-

gener Solidarität besucht zu haben. Auch der Auftritt popkultureller Akteure auf der Kundgebung am Großen Stern dürfte einen mobilisierenden Effekt gehabt haben, der sich durch unsere Studie jedoch nicht belegen lässt.

Abgesehen von der Mitgliedschaft in dezidiert palästinasolidarischen Bewegungen und Organisationen zeigen die Befunde jedoch einen hohen bürgerschaftlichen Organisationsgrad der Befragten in ganz unterschiedlichen Segmenten der demokratischen Zivilgesellschaft (siehe Grafik 5). Die Mehrheit der Befragten beantworten die Frage nach einer aktiven oder passiven Mitgliedschaft in einer zivilgesellschaftlichen Organisation positiv.⁶

Die höchste aktive Zustimmung ergab dabei die Mitgliedschaft Sport- oder Kulturverein (23,9% aktiv und 8,6% passiv). Etwa ein Viertel der Befragten sind aktives oder passives Mitglied einer Partei oder politischen Jugendorganisation. Passive Mitgliedschaften haben etwa 20% der Beteiligten in einer Gewerkschaft oder Berufsverband, oder aber auch in einer Menschenrechtsorganisation, gefolgt von Religiösen Gemeinschaften oder Kirche und Umweltorganisationen. Etwa ein Drittel der Befragten ist engagiert oder passives Mitglied in anderen Gruppen oder Organisationen. Sehr wenige Befragte sind aktives oder passives Mitglied einer Friedenspolitischen Organisation.

Die Überschneidung mit der klassischen „Friedensbewegung“, die wir unter anderem über diese Frage herausfinden wollten, scheint in dieser Hinsicht vernachlässigbar. Das lässt sich wohl zum Teil über das Alter der Demonstrierenden erklären. An einer anderen Stelle im Survey fragten wir: „Verstehen Sie sich als Teil der Friedensbewegung?“. Diese Frage bejahen 60,8%, 39,2% verneinten sie.

Einige der Demonstrierenden machen sich aktiv Gedanken um Bewegungsaufbau. Zum Beispiel äußert sich eine befragte Person wie folgt:

⁶ Als passive Mitglieder*innen sind jene zu verstehen, die etwa Mitgliedsbeiträge leisten ohne weitere Beteiligung; als Aktive sind solche zu verstehen, die sich beteiligen, ein Amt oder eine Funktion einnehmen. Diese Erläuterung war auch Teil des Fragebogens.

„Die bisherigen Demos werden stark eingeschränkt und (Polizei)Repressionen sind enorm, insbesondere auch im Vergleich international. Es braucht eine breite Aufstellung der Bewegung, daher ist es wichtig auch breite Bündnisse zu unterstützen wie Zusammen für Gaza und All Eyes on Gaza Demo/Kundgebung.“

Die Frage der Bündnisfähigkeit war auch den Veranstaltenden wichtig. Besonders stand hierbei im Fokus, sich nicht von Außenstehenden, der Polizei oder Politik in „gute“ und „schlechte“ Demonstrierende spalten zu lassen. Auf der Bühne am Großen Stern wurde mehrfach der Schulterschluss mit den Protesten am Moritzplatz gesucht und Solidarität mit den Demonstrierenden dort artikuliert, insbesondere im Kontext der dort deutlich stärker repressiv auftretenden Polizei.

Protesterfahrung

Vorhergehende Forschung zu palästinasolidarischen Protesten weisen auf eine hohe Konsistenz des Protestierendenspektrums hin. Im Kontext von Repression und Stigmatisierung blieb die Zusammensetzung der Proteste gegen die israelische Kriegsführung in Gaza über die vergangenen beiden Jahre weitgehend stabil. Die Beteiligung von „Neueinsteigern“ war eher die Ausnahme und konzentrierte sich auf einzelne intersektionale Protestereignisse, wie beispielsweise anlässlich des Weltfrauentages am 28. März 2024 (Grimm u. a. 2025). Vor diesem Hintergrund zeigen unsere Daten ein gemischtes Bild. Gefragt nach der allgemeinen Demonstrationsteilnahme in den letzten 12 Monaten gaben 10% an, in den letzten 12 Monaten bereits an vielen (>20) Demonstrationen teilgenommen zu haben. Die Hälfte war auf wenigen (1-5) und 28,6% auf einigen (6-2). Interessant sind insbesondere die 11%, für die die Demonstrationen am 27.9. der erste Anlass in den letzten 12 Monaten waren, der sie zu einer Demonstration mobilisierte.

Für 26 Teilnehmende in unserem Sample war die Demo-Teilnahme sogar die erste Demonstration überhaupt. Ein Viertel der Befragten waren in ihrem Leben erst auf wenigen Demos. 44% hingegen sind sehr demonstrationserfahren und 27% waren in der Vergangenheit schon auf einigen Demonstrationen.

Die Ergebnisse in Grafik 6 geben Aufschluss über die Vorerfahrungen der Befragten mit Gaza-bezogenen Demonstrationen. Insgesamt zeigt sich, dass ein großer Teil der Teilnehmenden bereits über Protesterfahrung in diesem Themenfeld verfügt. 38,8% hatten bereits an wenigen (1–5), 20,2% an einigen (6–20) und 7,4% sogar an vielen (>20) Demonstrationen mit Gaza-Bezug teilgenommen. Eine verhältnismäßig große Gruppe von einem Drittel der Befragten (33,7%) gab aber an, zuvor an keiner Demonstration mit Gaza-Bezug teilgenommen zu haben. Diese Verteilung verdeutlicht, dass die Demonstrationen sowohl erstmalige Teilnehmende als auch eine erfahrene Gruppe von Aktivist*innen anzogen. Ein*e Teilnehmer*in gab beispielsweise an, dass diese spezifische Demonstrationsmobilisierung sie im Vergleich zu früheren Protesten ansprach:

„Dies war meine erste Teilnahme überhaupt an einer öffentlichen Versammlung zum Thema Israel/Palästina-Nahost-Konflikt/Krieg/Genozid, also seit dem 7.10.23. Lange hab ich gezögert, weil es bislang kaum Versammlungen gab, bei der nicht irgendwas problematisch war. Diesmal war es so, dass die Breite des Bündnisses mich überzeugte, endlich mal hinzugehen.“

Während ein erheblicher Teil der Befragten offenbar neu für das Thema mobilisiert wurde, weist der Anteil erfahrener Demonstrierender darauf hin, dass es auch eine stabile und kontinuierlich aktive Basis gibt, die über längere Zeit hinweg mobilisierbar ist und der sich auch von den hier untersuchten Demos angesprochen fühlte. Auch hier betonte eine befragte Person, dass sie sich von dieser Demonstration einen Schutz vor Repressionen erhoffte:

„I have been protesting for Palestine since my teenage years [...] I chose this protest because the masses make it safer for me to go with my kids than the autonomous Moritzplatz demonstration.“

Diese Erkenntnisse können wir auf Basis unserer Befragung noch näher aufschlüsseln. Wir fragten, in welchem Umfang sich die Befragten in den letzten zwei Jahren an unterschiedlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit Gaza beteiligt haben. Insgesamt zeigen die Daten ein hohes Maß an

zivilgesellschaftlichem Engagement, das sich größtenteils auf gewaltfreie und symbolische Aktionsformen konzentriert (siehe Grafik 7).

Besonders häufig nannten die Befragten die Teilnahme an Demonstrationen – 68,6% gaben dies an, während 30,2% verneinten. Ebenfalls weit verbreitet waren unterstützende und symbolische Handlungen: 64,1% der Befragten haben in den letzten zwei Jahren eine Petition oder einen öffentlichen Brief unterzeichnet, 57,6% gaben an, Produkte boykottiert zu haben, und 56,6% haben Geld an eine politische Organisation oder Gruppierung gespendet. In ähnlicher Größenordnung berichteten 56,2%, sie hätten in sozialen Medien auf ein politisches Anliegen aufmerksam gemacht. Auch das Tragen von Symbolen oder Abzeichen einer Kampagne war verbreitet (43,4%), wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung, da fast ebenso viele dies verneinten (48,1%) oder sich unsicher zeigten (8,5%).

Deutlich geringer fiel die Beteiligung an direkten oder konfrontativen Aktionsformen aus. Nur 15,9% der Befragten nahmen in den letzten zwei Jahren an einem Streik teil, und ebenso viele (15,9%) beteiligten sich an einer gewaltlosen Blockade, Besetzung oder anderen Aktion zivilen Ungehorsams. Gewalttätige Protestaktionen, also der Einsatz von Gewalt gegen Eigentum oder Personen, wurden dagegen nahezu vollständig ausgeschlossen. 95,3% der Befragten gaben an, nicht an solchen Aktionen teilgenommen zu haben.

Vorerfahrungen mit Repression

Vorherige Palästina-solidarische Demonstrationen wurden häufig mit Gewalt in Verbindung gebracht, regelmäßig kam es zu Zusammenstößen zwischen Protestierenden und Polizeikräften, Menschenrechtsorganisationen wie auch Videoaufnahmen dokumentieren zudem ein hartes Protest-Policing. Die Daten machen diesen repressiven Kontext deutlich (siehe Grafiken 8-10).

Die Angaben zu erlebten Repressionserfahrungen im Zusammenhang mit Aktivitäten in Bezug auf Gaza zeichnen ein besorgniserregendes Bild (siehe Grafik 8). Zwar gibt eine knappe Mehrheit der Befragten (53,5%) an, nie Repressionen im Kontext von Aktivitäten in Bezug zu Gaza erfahren zu haben, doch die verbleibenden Werte zeigen, dass nahezu die Hälfte der Teilneh-

menden mindestens einmal von repressiven Maßnahmen betroffen war. So berichten 15,1%, selten Repressionen erfahren zu haben, weitere 15,1%, dies manchmal erlebt zu haben. 7,3% gaben an, oft, und 8,2%, sehr oft Repressionen erlebt zu haben. Zusammengenommen ergibt sich somit ein Anteil von rund 30%, die wiederholt oder regelmäßig von staatlichen oder gesellschaftlichen Sanktionen betroffen waren, und insgesamt knapp 47%, die irgendeine Form von Repressionserfahrung schildern. Dieser Wert ist insofern erstaunlich, da ein knappes Drittel der Teilnehmenden zum allerersten Mal auf einer Demonstration mit Gaza-Bezug war. Unter denjenigen, die in der Vergangenheit besonders häufig demonstrierten, ist der Anteil von Menschen mit Repressionserfahrung besonders hoch (Grafik 10). So haben 70% derer, die angeben, an mehr als fünf Demonstrationen mit Gaza-Bezug teilgenommen zu haben, eigene Repressionserfahrungen gemacht; unter denjenigen, mit besonders viel Demonstrationserfahrung (mehr als 20 Proteste) waren es sogar 83,3%.

Unsere Daten geben auch Auskunft über die Art der Repression (siehe Grafik 9). Die Antworten zeigen, dass die berichteten Erfahrungen ein breites Spektrum unterschiedlicher Eingriffsformen umfassen – von sozialer Einschüchterung bis hin zu körperlicher Gewalt. Am häufigsten nannten die Befragten Einschüchterung als Form der Repression: 56 Personen (50,0% derjenigen, die Repression erlebt haben) gaben an, auf diese Weise unter Druck gesetzt oder verängstigt worden zu sein. Dieses Ergebnis legt nahe, dass psychologische und soziale Einschüchterung die zentrale Form repressiver Erfahrung im Kontext Gaza-bezogenen Engagements in Deutschland darstellt. Darüber hinaus berichten 16,9% der Betroffenen von beruflichen Einschränkungen – etwa durch Nachteile im Arbeitsumfeld, soziale Sanktionen oder institutionelle Konsequenzen. 15,2% gaben an, körperliche Gewalt erfahren zu haben, und 10,7% wurden mit körperlicher Gewalt bedroht. Diese Anteile sind, gemessen an der Gesamtgruppe der Befragten, erheblich und deuten darauf hin, dass Repressionen teilweise auch physische oder existenzielle Dimensionen annehmen. Weitere 7,1% machten unter „Sonstiges“ zusätzliche Angaben, die auf andere Belastungs- und Bedrohungserfahrungen hinweisen.

Hinsichtlich der Sorge vor Repression durch die Polizei bei den beiden Großkundgebungen zeigt sich hingegen ein heterogenes Meinungsbild unter den Teilnehmenden (siehe Grafik 11). Etwa ein Drittel der Befragten (31,3%) äußerte Zustimmung, davon 11,1% mit „stimme voll zu“ und 20,2% mit „stimme eher zu“. Diese Gruppe signalisiert somit ein spürbares Maß an Besorgnis gegenüber möglicher polizeilicher Repression im Zusammenhang mit der Demonstration. Ein Fünftel (21,0%) positionierte sich neutral („teils/teils“), während 47,9% der Befragten die Aussage ablehnten (30,3% „stimme eher nicht zu“, 17,6% „stimme gar nicht zu“). Damit überwiegt zwar insgesamt die Ablehnung der Aussage, dennoch zeigt sich, dass ein nicht unerheblicher Anteil der Teilnehmenden Sorge vor repressivem Verhalten der Polizei empfand.

Die bisherige Polizeirepression wurde nicht von allen Teilnehmenden erlebt, aber sie hat für Teile der Protestierenden deutliche Spuren hinterlassen. Dies bezieht sich vor allem auf Menschen mit Vorerfahrung. Gleichzeitig weisen Freifeldantworten auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Sorge vor Repression hin, der sich anhand der gesammelten Daten aber nicht belegen lässt und weiterer Forschung bedarf. So wurde etwa Größe der Demonstration in diesem Kontext explizit als Schutz interpretiert, durch den sich auch Menschen (gerade nicht deutscher Herkunft) auf die Straße trauten, die zuvor nicht demonstriert hatten:

„as a non-German who is here on a student visa, this also seemed like the safest occasion to voice my dissent (due to the size of the demonstration).“

Motive und Strategische Ziele

Die Grafik 12 gibt Aufschluss über die Motive, die für die Teilnehmenden an der Demonstration von Bedeutung waren. Insgesamt zeigt sich, dass alle der abgefragten Beweggründe von einer großen Mehrheit der Befragten als wichtig oder sehr wichtig bewertet wurden.

Besonders häufig wurde das Motiv genannt, „die Politik zum Handeln zu bewegen“. Mit beinahe vollständiger Zustimmung stellt es das häufigste Teilnahmemotiv dar und verweist auf die

Handlungsorientierung der Teilnehmenden. Ein ähnlich hoher Anteil gab an, es sei ihnen wichtig gewesen, „...ein Zeichen zu setzen“, was auf einen symbolischen Charakter hinweist. Ebenfalls sehr häufig wurde das Motiv „mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen“ als bedeutsam eingestuft. Menschen aufzuklären und zu mobilisieren, wird als weniger bedeutsam markiert. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass die Teilnahme an der Demonstration von einer Kombination aus politischer Wirksamkeitsorientierung, symbolischem Ausdruck und medialer Aufklärungsabsicht geprägt war. Die Demonstration hatte für manche Teilnehmende wohl auch die Funktion, endlich etwas tun zu können, um der eigenen „Ohnmacht“ etwas entgegenzusetzen zu können, wie in den Freifeldantworten an einigen Stellen formuliert wurde:

„Ich fühle mich häufig ohnmächtig, wenn ich die Nachrichten darüber lese, wie viele Menschen dieses Mal durch Angriffe getötet wurden.“

Interessant ist der Befund, dass sich diese Einstellungen zum eigenen Demonstrieren deutlich ändern, wenn nicht nach dem Ziel, sondern nach dem Effekt gefragt wird (siehe Grafik 13). Am wirksamsten werden die Demonstrationen in Bezug auf die Erzeugung medialer Aufmerksamkeit eingeschätzt: 50,6% der Befragten halten die Proteste in dieser Hinsicht für sehr wirksam. Ebenfalls hoch ist der Anteil bei dem Motiv, „ein Zeichen zu setzen“, das von 44,9% als sehr wirksam bewertet wurde. Kaum überzeugt zeigen sich die Befragten hingegen von der politischen Wirksamkeit. Nur 7,3% antizipieren, dass die Demonstrationen „sehr wirksam“ sein wird, wenn es darum geht, die Politik zum Handeln zu bewegen. Auch die Einschätzungen zur Aufklärung anderer Menschen (13,4%) und zur Mobilisierung weiterer Personen (30,7%) fallen im Vergleich eher niedrig aus. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Demonstrationen von den Teilnehmenden vor allem als symbolisch erfolgreiche, weniger jedoch als politisch unmittelbar wirksame Aktionsform eingeschätzt werden. Der Schwerpunkt der wahrgenommenen Wirkung liegt somit auf der Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarkeit des Anliegens, sowie Solidarisierung, während direkte politische Einflussnahme als eher begrenzt erwartet wird.

Dieses Bild verfestigt sich auch in der Auswertung unserer offen gestellten Eingangsfrage („Bitte erläutern Sie kurz, warum Sie an dieser Demonstration teilgenommen haben“). Aus diesen Antworten wird ein hohes Maß an Empörung, Verzweiflung und Schrecken deutlich: Über die „unerträgliche Situation“ in Gaza: „Das, was in Palästina geschieht, ist ein Völkermord und muss umgehend gestoppt werden.“ Teilnehmende rekurrieren auf „Solidarität mit Palästina“ und positionieren sich klar „gegen den Völkermord in Gaza.“ Sie äußern ihre Wut, ihr Unverständnis und ihre moralische Entrüstung; „Brutalität von Regierungen darf nicht ohne Reaktion bleiben.“

Dafür wird häufig auf einen menschenrechtsbasierten Argumentationsrahmen zurückgegriffen. „Weil ich das militärische Vorgehen von Israel im Gazastreifen und dem Westjordanland menschenrechtsverachtend finde.“ Hierbei reicht das ausgefüllte Freifeld vom Wort „Menschenrechte“ oder der Diagnose „weil in Gaza ein Genozid stattfindet“ bis zur ausführlichen Darlegung historischer Ereignisse und Erörterungen des eigenen Verhältnisses bzw. der deutschen Verantwortung bzgl. der Geschehnisse. „Weil ichs nicht fassen kann, dass Deutschland sowas unterstützt und mich mit zum Täter macht.“ Häufig wird darauf hingewiesen, dass in den letzten Monaten Lernprozesse eingesetzt und eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Konflikt zwischen Israel und Palästina stattgefunden habe:

„Der Konflikt war immer eine Grauzone für mich. Jetzt verstehe ich die verschiedenen Perspektiven viel besser und deshalb kann ich mich jetzt für Menschenrechte für alle Menschen konstruktiv einsetzen.“

Erschreckt und empört zeigen sich die Teilnehmenden über das zögerliche, ausbleibende oder sogar unterstützende Handeln der Bundesregierung gegenüber der israelischen Kriegsführung:

„Um zu zeigen, dass viele Deutsche gegen den Genozid, das Vorgehen der israelischen Regierung und die Untätigkeit der deutschen Regierung sind. Aus Deutschland kommt immer noch keine starke politische Stimme, die den unverhältnismäßigen Krieg gegen Palästina verurteilt und das können wir nicht so ohne Widerspruch stehen lassen.“

Da ist von „Komplizenschaft am Genozid“ die Rede und von inakzeptabler Einseitigkeit in der Berichterstattung über Israels Vorgehen im Gazastreifen. Manche Demonstrierende setzen sich mit zynischem Zungenschlag mit dem herrschenden Diskurs ins Verhältnis: „Weil ich tatsächlich gegen Völkermord bin, und für ein freies sozialistisches säkulares palästina eintreten will in dem alle leben können. Aber nur meine meinung.“

Es überwiegt in unserer offenen Befragung die emotionale Betroffenheit über die Zustände im Gazastreifen und die lange Unterstützung durch die deutsche Regierung. Es scheint vielen Teilnehmenden auch darum zu gehen, dass diese Zustände benannt und nicht verschwiegen, entschuldigt oder relativiert werden. Die Anerkennung und explizite Benennung der Situation in Gaza als Genozid ist vielen ein besonderes Anliegen. Konkrete Handlungsempfehlungen werden ebenso daraus abgeleitet:

„Ich bin schockiert und wütend, über die Zustände im Gaza-Streifen und möchte dass Deutschland, so wie der restliche Teil der Welt diesen Genozid, als diesen anerkennt. Zudem soll Deutschland sämtliche Waffenlieferungen unterbinden und Israel sanktionieren.“

Aus den Antworten spricht neben dem Wunsch nach einer Solidarisierung mit der palästinensischen Zivilbevölkerung auch ein gewachsener Groll gegenüber deutschen Institutionen (staatlich und medial) und ihrer Verwicklung in die Kriegsverbrechen, aber auch ein starkes Misstrauen gegenüber deren Realitätswahrnehmung.

Vertrauen in demokratische Ordnung

Um das Protestmilieu besser einschätzen zu können, nutzten wir eine Batterie von Fragen, die Auskunft über den Bezug der Teilnehmenden zu Institutionen und Gesellschaft geben können. Etwa fragten wir, wie zufrieden die Demonstrierenden mit der Demokratie sind. Hier wurde unterschieden zwischen der Demokratie als Idee und der Demokratie, wie sie derzeit in Deutschland funktioniert (siehe Grafik 14). Während zwei Drittel der Befragten mit der Demokratie im Allgemeinen zufrieden (31%) oder sehr zufrieden (33,3%) sind, fällt dieser Wert für die Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert sehr viel

geringer aus. Deutlich mehr als die Hälfte sind hier unzufrieden (32,5%) oder sehr unzufrieden (23,4%). Diese Diskrepanz zwischen genereller Zufriedenheit und konkreter Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland ist allerdings nicht außergewöhnlich und zeigt sich auch in Demonstrationsbefragungen zu anderen Themen.

Auch die Ergebnisse zum Vertrauen in verschiedene öffentliche Institutionen und Einrichtungen (siehe Grafik 15) zeigen ein niedriges bis moderates Vertrauen unter den Befragten. Das Vertrauen in staatliche Organe, Medien und Sicherheitsinstitutionen variiert dabei deutlich, wobei eine generelle Skepsis gegenüber zentralen politischen und exekutiven Akteuren erkennbar ist. Am deutlichsten zeigt sich diese Skepsis gegenüber der Bundesregierung: 37,8% der Befragten geben an, sehr wenig Vertrauen zu haben, weitere 32,3% äußern wenig Vertrauen. Nur 6,4% bekunden viel Vertrauen, und niemand sehr viel. Ähnlich kritisch fällt das Urteil über den Bundestag aus, dem rund die Hälfte der Befragten (50,8%) wenig oder sehr wenig Vertrauen entgegenbringt. Ein moderates Vertrauen äußern 32,4%, während viel oder sehr viel Vertrauen nur von einer Minderheit angegeben wurde (ca. 16%). Etwas ausgeprägter ist das Vertrauen in die kommunale Ebene: Die Regierung bzw. Verwaltung der eigenen Stadt erhält mit 44,4% moderatem und 8,8% hohem Vertrauen vergleichsweise günstigere Werte, während das Misstrauen hier weniger stark ausgeprägt ist. Deutlich positiver fällt das Bild gegenüber der Justiz aus: Hier zeigen sich 35,2% mit moderatem Vertrauen und weitere 46% mit viel oder sehr viel Vertrauen, während explizites Misstrauen nur von einer Minderheit geäußert wird. Dies deutet darauf hin, dass die Gerichte als vergleichsweise vertrauenswürdige Institution wahrgenommen werden.

Das Vertrauen in die traditionellen Medien liegt überwiegend im mittleren Bereich: 35,3% äußern moderates Vertrauen, 23,9% sehr wenig und 24,7% wenig. Damit überwiegt auch hier eine gewisse Skepsis, wenngleich die Medien im Vergleich zur Bundesregierung leicht besser bewertet werden. Für soziale Medien zeigt sich ein ähnliches Muster: Die Mehrheit (56,4%) ordnet ihr Vertrauen gering oder moderat ein, während viel Vertrauen kaum vorkommt. Das lässt auf ein ambivalentes Verhältnis zu digitalen

Informationsquellen schließen – sie werden offenbar genutzt, aber nicht unbedingt als verlässlich wahrgenommen. Insgesamt erstaunt die Ähnlichkeit, mit der klassische und soziale Medien in puncto Vertrauenswürdigkeit wahrgenommen werden.

Einen deutlich kritischen Befund liefert das Vertrauen in Sicherheitsinstitutionen. Gegenüber dem Bundesamt für Verfassungsschutz äußern über 60% der Befragten wenig oder sehr wenig Vertrauen, während viel Vertrauen nur selten genannt wird. Noch ausgeprägter ist die Skepsis gegenüber der Polizei: 47% geben an, sehr wenig Vertrauen zu haben, und 26,7% wenig. Lediglich 6% bekunden viel Vertrauen, während „sehr viel“ Vertrauen kaum vorkommt.

Politische Verortung

Aus den Befunden zum Institutionenvertrauen sowie in die deutsche Demokratie lässt sich indes keine allgemeine Politikverdrossenheit der Demonstrierenden ableiten. Dies zeigt sich besonders deutlich an der „Sonntagsfrage“ (Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?). Hier nennen 64% Die Linke (siehe Grafik 16). Dabei weist die Partei hohe Zustimmungswerte unter denjenigen Befragten auf, die bisher wenig oder gelegentlich demonstrieren waren; lediglich unter denjenigen, die angaben, in der Vergangenheit an mehr als 20 Demonstrationen teilgenommen zu haben, überwiegen die Zustimmungswerte zu Kleinstparteien wie Mera25. Da letztere nur 7% der Befragten ausmachen, erscheint die Zustimmung zur Linkspartei außerhalb dieses Kerns palästinasolidarischer Demonstrierender besonders hoch – unter welchen sich wiederum Anhänger anderer Parteien noch am ehesten finden: Wer angab, bisher noch nie zu Gaza demonstriert zu haben, gab auch am ehesten an, die Grünen oder SPD zu wählen. Ebenso gaben je ein Fünftel der Befragten an, sich in der Linkspartei oder in anderen Organisationen zu engagieren – was illustriert, inwiefern auch über den Kreis der Partei hinaus zivilgesellschaftlich engagierte Menschen an den Protesten teilnehmen.

Auch die Selbsteinstufung der Befragten auf der Links-Rechts-Skala zeigt ein deutlich linkes Profil der Teilnehmenden (siehe Grafik 17). So ordnete sich die große Mehrheit der Befragten im

linken Spektrum (0–3) ein. Mit 26,5% der Nennungen ist die Kategorie „2“ am häufigsten vertreten, gefolgt von „0“ mit 25,6% und „1“ mit 20,7%. Weitere 18,2% positionieren sich bei „3“, also immer noch klar auf der linken Seite der Skala. Nur 4,9% der Befragten wählten die mittlere Position „4“, und 4,1% gaben den Wert „5“ an. Werte oberhalb von „5“ wurden nicht genannt. Insgesamt ergibt sich somit ein stark linksorientiertes Selbstbild der Demonstrationsteilnehmenden. Die vollständige Abwesenheit höherer Werte auf der Skala verdeutlicht, dass Personen mit einer konservativen oder rechten politischen Selbsteinschätzung kaum vertreten waren. Dieses Ergebnis entspricht der inhaltlichen Ausrichtung der Demonstration und weist darauf hin, dass die Mobilisierung vor allem innerhalb eines klar linken politischen Spektrums stattfand. Hier zeigen sich Überschneidungen zu anderen Antikriegsdemonstrationen, die ebenfalls häufig ein klar links verortetes Teilnehmendenprofil aufweisen (Meier u. a. 2023; Daphi u. a. 2014)

Haltung zu gesellschaftlichen Kontroversen

Die Einschätzungen der Befragten zum gesellschaftlichen Kontext in Deutschland (siehe Grafik 18) verdeutlichen ein kritisches und zugleich politisch stark positioniertes Meinungsbild. Besonders eindeutig fällt die Haltung zur Frage der staatlichen Anerkennung Palästinas aus: nahezu alle Befragten (89,9% voll und ganz, 8,1% eher) befürworten eine solche Anerkennung. Ablehnung findet sich hier praktisch gar nicht. Dieses Ergebnis verdeutlicht den zentralen politischen Konsens innerhalb der Befragten, in dem die Anerkennung Palästinas als Akt grundlegender Gerechtigkeit und politischer Selbstbestimmung verstanden wird. Hoch fällt auch die Zustimmung zur Aussage aus, dass große Teile der deutschen Gesellschaft nicht verstünden, was in Gaza wirklich passiere. 66% der Befragten teilen diese Einschätzung (30,3% voll und ganz, 35,7% eher), während nur rund 11% widersprechen. Dies

verweist auf ein wahrgenommenes Missverhältnis zwischen öffentlicher Wahrnehmung und der eigenen Sichtweise auf die Ereignisse, also eine Erfahrung medialer oder gesellschaftlicher Verzerrung.

Diese Tendenz zeigt sich bei der Aussage, in Deutschland gebe es genug Raum für Trauer um die Opfer in Gaza. Hier widersprechen die Befragten mit deutlicher Mehrheit: Über die Hälfte (50,2%) stimmt eher nicht zu, und weitere 37,9% äußern sich neutral. Die fast vollständige Abwesenheit von Zustimmung zeigt, dass viele Teilnehmende ein Defizit in der öffentlichen Empathie und Sichtbarkeit palästinensischen Leids wahrnehmen.

Eine deutliche Mehrheit der Befragten (73,2%) stimmt auch der Aussage zu, dass der Rassismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023 zugenommen habe. Nur knapp 9% widersprechen, während 15,6% eine mittlere Position einnehmen. Dieses Ergebnis zeigt eine weit verbreitete Wahrnehmung einer zunehmend diskriminierenden oder feindseligen gesellschaftlichen Atmosphäre, insbesondere gegenüber Menschen, die als palästinensisch, arabisch oder muslimisch gelesen werden. Deutlich positiv wird auch die Aussage bewertet, dass jüdisches Leben in Deutschland aufgrund der Geschichte besonders geschützt werden sollte. 78,7% stimmen zu (44,7% voll und ganz, 34% eher), nur etwa 5% lehnen ab.

Diese hohe Zustimmung verdeutlicht ausgeprägtes Bewusstsein für die besondere deutsche historische Verantwortung. Ebenfalls eine deutliche Mehrheit der Teilnehmenden ist der Meinung, die deutsche Regierung solle sich für die Freilassung der israelischen Geiseln einsetzen: 41,3% stimmen voll und ganz, 24,8% eher zu, 24,4% teilweise. Dieser Befund unterstreicht, dass der Einsatz für ein Ende des Leids in Gaza und der Einsatz für ein Ende des Leids der israelischen Geiseln von der überwiegenden Mehrheit nicht in Konkurrenz zueinander gesehen wird.⁷

⁷ Weder lässt sich hieraus eine klare Zustimmung noch eine klare Ablehnung der Freilassung der israelischen Geiseln ableiten, da sich die ablehnende Haltung in diesem Item auch auf die Bundesregierung beziehen kann.

Dieses Haltung wird auch an den Freifeldangaben einiger Teilnehmenden deutlich, wie folgendes Zitat belegt:

„Mein Schock über die Hamas-Massaker am 7. Oktober 2023 war wirklich massiv, aber ebenso entsetzt bin ich, was im Gaza-Krieg passiert. Es macht mich zunehmend fassungslos.“

Einschätzung des öffentlichen Diskurses

Die Einschätzungen zur Offenheit, die eigene politische Haltung zu Gaza in verschiedenen sozialen Kontexten zu äußern (siehe Grafik 19), zeigen deutliche Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Räumen. Insgesamt lässt sich ein Muster erkennen, das auf eine ausgeprägte Kontextabhängigkeit politischer Meinungsäußerung hinweist.

Am meisten Offenheit erleben die Befragten im familiären Umfeld: 47,6% stimmen voll und ganz und weitere 31,7% eher zu, dass sie ihre Haltung dort offen besprechen können. Nur 5,2% stimmen eher nicht und kaum jemand überhaupt nicht zu. Auch im Freundes- und Bekanntenkreis zeigt sich ein ähnliches, wenngleich leicht abgeschwächtes Bild: 77,2% fühlen sich dort frei, ihre Meinung zu äußern (43,1% voll, 34,1% eher). Damit sind private Nahbeziehungen die zentralen Räume, in denen politische Diskussionen zu Gaza weitgehend angstfrei und solidarisch möglich erscheinen.

Deutlich zurückhaltender äußern sich die Befragten hingegen zu öffentlichen und institutionellen Kontexten. In der Arbeit oder Ausbildung stimmen lediglich 29,6% voll oder eher zu, ihre Haltung offen ansprechen zu können, während 42,5% dies eher nicht oder überhaupt nicht tun. Weitere 27,9% nehmen eine neutrale Position ein. Dieses Ergebnis weist auf eine ausgeprägte Unsicherheit oder gar Selbstzensur im beruflichen Umfeld hin. Ein ähnlich gespaltenes Bild zeigt sich im öffentlichen Raum: Nur etwa 35% geben an, ihre politische Haltung dort offen äußern zu können, während rund 35% dies ausdrücklich verneinen und 27,7% eine mittlere Position einnehmen. Diese Werte deuten auf ein hohes Maß an Zurückhaltung in öffentlichen Diskussionen hin, möglicherweise bedingt durch

gesellschaftliche Stigmatisierung, mediale Polarisierung oder Angst vor negativen Konsequenzen.

Insgesamt zeigen die Daten, dass die Möglichkeit offener politischer Artikulation zu Gaza stark vom sozialen Kontext abhängt. Während private und vertraute Umfeldler (Familie, Freundeskreis) als sichere Kommunikationsräume wahrgenommen werden, gelten institutionelle und öffentliche Räume vielfach als restriktiv oder riskant. Diese Differenz verweist eventuell auf eine Verlagerung politischer Kommunikation in den privaten Bereich und spiegelt ein angespanntes gesellschaftliches Klima wider, in dem offene Solidarität mit Gaza nicht überall gefahrlos möglich erscheint.

Sorgen und Erwartungen

Die Einschätzungen zu der Aussage „Ich habe/hatte Sorge, dass bei der Demonstration Positionen vertreten werden, die ich problematisch finde“ zeigen ein insgesamt zurückhaltendes Meinungsbild (Grafik 11). Nur eine Minderheit der Befragten äußerte deutliche Zustimmung: 5,1% stimmen voll zu, 16,3% eher. Damit geben insgesamt rund 21,4% an, solche Sorgen zumindest teilweise geteilt zu haben. Ein Viertel der Befragten (25,5%) bewertete die Aussage neutral („teils/teils“), während die Mehrheit sie ablehnte (36,1% „stimme eher nicht zu“, 16,3% „stimme gar nicht zu“). Zusammengefasst lehnen somit über die Hälfte der Teilnehmenden (52,4%) die Aussage ab. Über 20% von Befragten, die sich darüber Sorgen machten, erscheint dennoch als hoher Wert, angesichts der Tatsache, dass Menschen hier zunächst für eine „gemeinsame Sache“ demonstrierten. Es lässt sich daran ablesen, dass Menschen teilweise verunsichert über die richtigen Bewegungs-Zusammenhänge sind und vorsichtig sind, nicht mit problematischen Aussagen in Zusammenhang gebracht zu werden, bzw. sich nicht sicher darüber zu sein scheinen, wie andere ihre Gaza-Solidarität begründen. Hier spielt vermutlich die lange öffentliche Auseinandersetzung über israelbezogenen Antisemitismus eine entscheidende Rolle.

Die Ergebnisse zu der Aussage „Ich habe/hatte Sorge, dass ich bei der Demonstration von Passantinnen angefeindet werde“ zeigen, dass nur ein kleiner Teil der Befragten solche Befürchtungen teilte. Lediglich 9,2% stimmten der Aussage

eher zu; Angaben zu „stimme voll zu“ wurden nicht gemacht oder lagen unterhalb der Auswertungsgrenze. 15,3% der Befragten positionierten sich neutral („teils/teils“), während eine deutliche Mehrheit die Aussage ablehnte. Insgesamt 38,5% stimmten eher nicht zu und 35,5% gar nicht. Zusammengenommen lehnen somit rund drei Viertel der Befragten (74,0%) die Aussage ab.

Deutlich größere Sorgen machen sich die Demonstrierenden über die öffentliche Darstellung der Demonstration in den Medien. Der Aussage „Ich habe/hatte Sorge, dass von Medien nicht differenziert über den Protest berichtet wird“ stimmen 43,9% voll und ganz zu. Weitere 35,1% stimmen eher zu. Ungefähr vier von fünf Teilnehmenden haben Sorgen darüber, dass Medien nicht ausgewogen über die Demonstrationen berichten, ein Wert, der besorgniserregend ist, was das Vertrauen in die Medienlandschaft betrifft. In Bezug auf das Medienvertrauen der Demonstrierenden gibt auch unsere nächste Frage Auskunft – und ein recht gemischtes Bild (siehe Grafik 20). Auf die Frage „Wie informieren Sie sich hauptsächlich zur Entwicklung in Gaza?“ geben 20,8% der Befragten an, sich über Deutsche Print-, TV- und Hörfunkmedien zu informieren. Soziale Medien sind für etwa doppelt so viele Menschen (43%) die wichtigste Quelle. Internationale Presse, TV, und Hörfunkmedien rangieren mit 30.4% auf Platz 2 (Sonstiges: 5,7%).

Diskussion und Ausblick

Empirische Daten zu Mustern der Beteiligung, gesellschaftspolitischen Einstellungen und Motiven von Protestierenden erlauben ein differenziertes Bild auf gesellschaftliche Konflikte. Eine solche versachlichende Perspektive ist besonders wichtig, wenn bei stark umkämpften Themen die Verengung von Debattenräumen und pauschale Zuschreibungen zu beobachten sind. Eine umfangreiche Literatur zeigt, dass Palästina-Solidarität in dieser Hinsicht einen besonders extremen Fall darstellt, der von multiplen Formen rechtlich-administrativer Kriminalisierung und diskursiver Delegitimierung gekennzeichnet ist.

Die vorliegende Untersuchung adressiert in diesem Kontext eine Forschungslücke: Während international zahlreiche Analysen zu Straßen-

protesten vorliegen (crowdcounters 2024; Crowd Counting Consortium und Ash Center 2024), fehlen für Deutschland bislang belastbare Daten zur Zusammensetzung und Einstellungsstruktur der Palästina-Solidaritätsproteste, die über Fallvignetten und Medienauswertungen hinausgehen. Sie nutzt dabei ein standardisiertes, vielfach erprobtes Erhebungsdesign mit On-site-Rekrutierung und zweisprachigem Fragebogen, ergänzt um Kurzinterviews zur Bias-Kontrolle.

Wenngleich die Befunde dieser Studie nicht als repräsentativ für die Palästina-Solidarität in Deutschland insgesamt betrachtet werden können, stützen sie sich jedoch auf die bislang größten Mobilisierungen hierzulande und können einen ersten Schritt zu einer dringend gebotenen Versachlichung der Debatte darstellen. Die Befunde liefern das empirische Gegenbild zu stark politisierten aber verbreiteten Generalisierungen – etwa der pauschale Darstellung von Palästina-Solidarität als extremistisch – durch belastbare Evidenz zur Heterogenität und Binnenvielfalt der Teilnehmenden. und machen sichtbar, wie vielfältig und vielstimmig die Mobilisierung tatsächlich ist.

Insgesamt verdeutlichen die Daten, dass die Proteste überwiegend von **hoch gebildeten sowie relativ jungen und klar politisch links verorteten Teilnehmenden** getragen waren. Die Befunde weisen dabei auf eine bürgerlich-zivilgesellschaftlich verankerte Protestkultur hin, die in erster Linie auf Aufklärung, Mobilisierung und moralische Positionierung setzt. Das abgefragte Engagement der Befragten in Bezug auf Gaza konzentriert sich auf gewaltfreie, legale und kommunikative Ausdrucksformen.

Die politische Beteiligung zeigt sich damit stark moralisch-symbolisch geprägt - mit einem **Schwerpunkt auf öffentlicher Sichtbarkeit, Solidaritätsbekundung und friedlicher Einflussnahme**. In dieser Hinsicht finden sich keine markanten Unterschiede zu Protestierenden in Deutschland zu anderen Themen. Konfrontative Protestformen bleiben hingegen Randphänomene. Dass sich **ein Teil der Demonstrierenden dabei als Teil der Friedensbewegung einordnet**, lässt sich auf unterschiedliche Weisen interpretieren: Einerseits als Hinweis darauf, dass die Proteste trotz geringer organisatorischer Überschneidungen auch Menschen aus der

traditionellen Friedensbewegung anzogen, die in den letzten Jahren in Deutschland an Kontur verloren hat (Meier und Daphi 2025). Andererseits, könnten die Ergebnisse aber auch darauf hinweisen, dass sich hier anhand der Gewalt in Nahost eine ganz neue Gruppe von Menschen gegen Krieg engagiert, die das Label der Friedensbewegung für sich im Kontext von Gaza reklamiert. In jedem Fall ist eine eingehendere Betrachtung des Verhältnisawa der Palästina-Solidarität zur Friedensbewegung und Friedenspolitik generell angezeigt.

Dies umso mehr, als auch eine große Mehrheit der Befragten **eine differenzierte Haltung zum Nahostkonflikt** einnimmt, die der gängigen Gleichsetzung palästinasolidarischer Proteste mit einer exklusiven Anteilnahme für lediglich eine Konfliktseite widerspricht. So erfährt die Aussage „Deutschland sollte den palästinensischen Staat anerkennen“ in unserer Fragebatterie zu gesellschaftlichen Kontroversen die höchste Zustimmung – wenig überraschend für eine palästinasolidarische Demonstration. An zweiter Stelle rangiert hinsichtlich der Zustimmungswerte aber auch die Aussage, „Jüdisches Leben sollte in Deutschland aufgrund seiner Geschichte besonders geschützt sein“. Dies zeigt ein reflektiertes Protestmilieu, das in der Lage ist, vielschichtigen Konfliktkonstellationen mit **differenzierten Positionierungen zu begegnen, ohne eine Hierarchisierung von Opfergruppen vorzunehmen** oder deren jeweilige Betroffenheit gegeneinander auszuspielen.

Gleichzeitig nehmen die Befragten zunehmenden Rassismus und gesellschaftliche Einseitigkeit wahr. Dies weist eindrücklich auf eine **universalistische Haltung der Protestierenden gegenüber Menschen- und Völkerrecht** hin, die in starkem Kontrast zu dominanten öffentlichen Zuschreibungen steht. Dieses humanistische Selbstverständnis ist auch den Demonstrierenden bewusst. So äußert nur eine Minderheit der Befragten Sorgen, dass auf der Demonstration problematische Positionen vertreten werden – Sorge bestand viel eher darüber, dass nicht differenziert über die Demonstration berichtet würde.

Schließlich belegen die Ergebnisse, dass **Repression und Marginalisierungserfahrungen im Kontext des Gaza-Engagements kein Randphänomen sind**, sondern für viele Befragte konkrete

und teils gravierende Auswirkungen haben. Besonders der hohe Anteil an Einschüchterungs- und Gewaltberichten ist besorgniserregend, da er auf ein gesellschaftliches Klima der Angst und Marginalisierung hinweist. Die Daten verdeutlichen damit, dass politisches Engagement in diesem Themenfeld nicht nur symbolisch riskant, sondern gefährlich sein kann.

Doch **aus den Daten lässt sich nicht auf eine allgemeine Politik- oder Demokratieverdrossenheit** schließen. Vielmehr belegen die Daten eher einen Vertrauensverlust in das Agieren konkreter Institutionen der demokratischen Ordnung. Bemerkenswert ist dabei die **Ausdifferenzierung von institutionellem Vertrauen**. Relativ zu sicherheitsrelevanten und exekutiven Institutionen sind Vertrauenswerte in Gerichte und kommunale Verwaltung hoch. Dass diese Vertrauenswerte keine grundsätzliche Haltung ausdrücken, lässt sich etwa daran ablesen, dass das Vertrauen in die Polizei, welche in direkte Konfrontationen mit früheren Protesten verwickelt ist, höher ist als in das Bundesamt für Verfassungsschutz. Gerichte wiederum, die restriktive Entscheidungen von Behörden bezüglich der Proteste regelmäßig einschränken oder zurücknehmen, genießen mit Abstand das größte Vertrauen. Während offen bleibt, ob diese Unterschiede auf solche direkten Erfahrungen zurückzuführen sind oder ob dies einem allgemeinen Vertrauen gegenüber nicht tagespolitisch präsenten Institutionen liegt, widersprechen die Befunde der Annahme, dass Protestierende den Staat oder die Demokratie als monolithischen Block wahrnehmen.

Dies gilt auch für politische Parteien. Auffällig sind die **hohen Zustimmungswerte für die Partei Die Linke**. Der Partei ist es offensichtlich einerseits gelungen, ihre Mitglieder erfolgreich zu mobilisieren. Darüber hinaus äußern aber viele Protestteilnehmende eine Wahlpräferenz für die Partei, die selbst nicht Mitglied sind. Lediglich unter Befragten mit langer Vorerfahrung in der palästinasolidarischen Bewegung überwiegen die Zustimmungswerte zu Kleinstparteien wie Mera25. Zwar ist diese Nähe zur Linken angesichts der prominenten Rolle der Partei in der Organisation des Zubringerprotests erwartbar. Allerdings weist das auffällige parteipolitische Profil auch darauf hin, dass es der Linken zunehmend gelingt, sich im Parteienspektrum als

Fürsprecherin der palästinensischen Sache zu etablieren. Umfragen zur Lage in Gaza in der Gesamtbevölkerung zum Zeitpunkt der Demonstration zeigen, wie groß das Wählerpotential ist, das sich so ansprechen lässt.⁸ Einzelne Hinweise finden sich hierzu in den offenen Antworten:

„Weil endlich hat eine Bundespartei das Schweigen gebrochen, auch wenn verspätet, und sich den Menschen auf den Straßen angeschlossen hat. auch weil diese Partei die Palästinensische Stimme mitgetragen hat. Aber vor allem, weil ich das Grauen und die Komplizenschaft unserer Regierung nicht mehr ertragen kann... wut wut wut.“

Ob sich die prominente Rolle der Partei in den Protesten in eine Parteienbindung der Teilnehmenden übersetzen lässt, bleibt abzuwarten. Andere Parteien, die in der Vergangenheit in menschenrechts- und friedenspolitisch orientierten Mobilisierungen eine Rolle spielten, stehen bei den Teilnehmenden indes nicht hoch im Kurs. Die SPD und die Grünen erfahren lediglich Zustimmungswerte von 2% bzw. 8%.⁹

Schlüsselwerke der Protest- und Bewegungsforschung verdeutlichen, wie die Wahrnehmung von Protestbewegungen eng mit den verfügbaren Informationen über Protestierende und ihre Anliegen verschränkt sind (Della Porta u. a. 2020; McCammon u. a. 2007; Giugni u. a. 2005; Alimi und Maney 2018). Ordnungs- und Sicherheitsorientierte Berichterstattung dämpft üblicherweise öffentliche Sympathie, während Befunde zu Profilen der Teilnehmer*innen polarisierende Narrative korrigieren können. In dieser Konstellation **kommt fundierten empirischen Daten besondere Bedeutung** zu, weil sie Ruhe in öffentliche Debatten bringen und Bewertungen von Protest entmoralisieren: Sie zeigen nüchtern auf, wer spricht, woraus Kritik genährt ist und wie breit Motive tatsächlich verteilt sind.

Im Kontext der Palästina-Solidarität gerät bisweilen aus dem Blick: **Protest ist ein Grundrecht und Kernbestandteil pluraler Demokratien.** Die innergesellschaftlichen Konflikte, die sich um die Palästinasolidarität auf deutschen Straßen entsponnen haben, sind zudem **prägend für die Zukunft der postmigrantischen Gesellschaft.** Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag, diese Konflikte – und ihre Bearbeitung – zu versachlichen. Sie bildet hierfür aber nur den Anfang.

⁸ Forsa-Umfragen im Juli und August hatten etwa gezeigt, dass 74% der Deutschen fordern, dass die Bundesrepublik angesichts der verheerenden humanitären Lage im Gazastreifen mehr Druck auf Israel ausüben sollte. 54% sprachen sich dafür aus, Palästina als Staat anzuerkennen.

⁹ Inwiefern dies ausschließlich mit ihrer Haltung zu Gaza zusammenhängt, lässt sich auf Basis unserer Daten nicht systematisch überprüfen.

Bibliographie

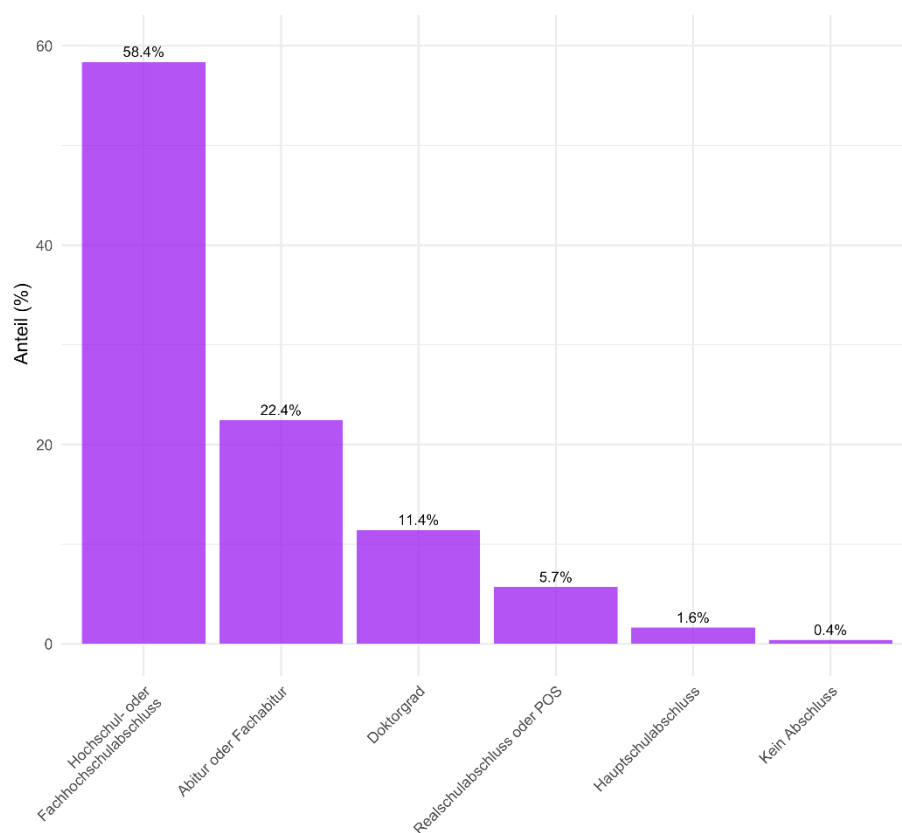
- Albanese, Francesca. 2024. *Anatomy of a Genocide*. Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territory occupied since 1967 A/HRC/55/73. UNHRC. <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session55/advance-versions/a-hrc-55-73-auv.pdf>.
- Alimi, Eitan Y., und Gregory M. Maney. 2018. „Focusing on Focusing Events: Event Selection, Media Coverage, and the Dynamics of Contentious Meaning-Making“. *Sociological Forum* 33 (3): 757–82. <https://doi.org/10.1111/socf.12442>.
- Al-Taher, Hanna. 2024. „Deutsche Staatsräson und die Verunmöglichung Palästinensischer Realität“. *Peripherie* 44 (2–2024): 250–59. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.08>.
- Amnesty International. 2024. *‘You Feel Like You Are Subhuman’: Israel’s Genocide Against Palestinians in Gaza*. <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/8668/2024/en/>.
- Anderl, Felix, Zaha Al Ghusain, Carolin Büchter, u. a. 2025. *Kleine Stadt, großer Christopher Street Day*. 1/2025. ipb working papers. Institut für Protest- und Bewegungsforschung. <https://protestinstitut.eu/publikationen/kleine-stadt-grosser-christopher-street-day/>.
- Andretta, Massimiliano, und Donatella della Porta. 2014. „Surveying Protestors: Why and How“. In *Methodological Practices in Social Movement Research*, herausgegeben von Donatella della Porta. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780198719571.003.0013>.
- Arzt, Clemens. 2025. „Sind Versammlungsverbote bald der Normalfall? Von Corona über »Klimakleber« zum Krieg in Gaza“. In *Grundrechte-Report 2024*. S. Fischer. <https://www.fischerverlage.de/buch/grundrechte-report-2024-9783596710843>.
- Atshan, Sa’Ed, und Katharina Galor. 2020. *The Moral Triangle: Germans, Israelis, Palestinians*. Duke University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctv11sn7wt>.
- Aue, Stefan, Laro Bogan, Anne Gräfe, und Susanne Leeb. 2025. „Zunehmend Autoritär“. *Berlin Review*, März 25. <https://blnreview.de/en/ausgaben/2025-04/leeb-aue-bogan-graefe-autoritaer-kunsthochschulen-antisemitismus>.
- Bartov, Omer. 2024. „As a Former Idf Soldier and Historian of Genocide, i Was Deeply Disturbed by My Recent Visit to Israel“. *The Guardian*, August 13. <https://www.theguardian.com/world/article/2024/aug/13/israel-gaza-historian-omer-bartov>.
- Boykoff, Jules. 2006. „Framing Dissent: Mass-Media Coverage of the Global Justice Movement“. *New Political Science* 28 (2): 201–28. <https://doi.org/10.1080/07393140600679967>.
- Brandenburg, Klaas-Wilhelm, und Noura Mahdhaoui. 2024. „Deutsche Berichterstattung über Nahost-Krieg erweckt wenig Vertrauen“. *tagesschau.de*, August 28. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/berichterstattung-gaza-100.html>.
- B’Tselem. 2021. „A Regime of Jewish Supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This Is Apartheid“. Januar 12. http://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid.
- Crowd Counting Consortium und Ash Center. 2024. *An Empirical Overview of Recent Pro-Palestine Protests at U.S. Schools*. Mai 30. <https://ash.harvard.edu/articles/crowd-counting-blog-an-empirical-overview-of-recent-pro-palestine-protests-at-u-s-schools/>.
- crowdcounters. 2024. „Three Things the Pro-Palestine Movement Is Not“. *Counting Crowds*, Mai 10. <https://countingcrowds.org/2024/05/10/three-things-the-pro-palestine-movement-is-not/>.
- Daphi, Priska, Sebastian Haunss, Moritz Sommer, und Simon Teune. 2023. „Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations“. *German Politics* 32 (3): 440–68. <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1998459>.
- Daphi, Priska, Dieter Rucht, Wolfgang Stuppert, Simon Teune, und Peter Ullrich. 2014. *Occupy Frieden: Eine Befragung der Teilnehmer/innen der Mahnwache für den Frieden*. ipb working papers. Institut für Protest- und Bewegungsforschung. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2022/08/ipb-wp-2014.1_Occupy-Frieden.pdf.
- Della Porta, Donatella. 2024. „Moral panic and repression: The contentious politics of anti-semitism in germany“. *Partecipazione e Conflitto. An international journal* 17 (2): 276–349.
- Della Porta, Donatella, Pietro Castelli Gattinara, Konstantinos Eleftheriadis, und Andrea Felicetti. 2020. „Discursive turns and critical junctures: An introduction“. In *Discursive Turns and Critical Junctures: Debating Citizenship after the Charlie Hebdo Attacks*, herausgegeben von Donatella Della Porta, Pietro Castelli Gattinara, Konstantinos Eleftheriadis, und

- Andrea Felicetti. Oxford University Press.
<https://doi.org/10.1093/oso/9780190097431.003.0001>.
- Der Tagesspiegel Online. 2025. „Nach Großdemo für Gaza in Berlin: ‚Unser Protest wird weitergehen, so lange es nötig ist‘“. September 28.
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-grossdemo-fur-gaza-in-berlin-unser-protest-wird-weitergehen-so-lange-es-notig-ist-14408243.html>.
- Earl, Jennifer, Andrew Martin, John D. McCarthy, und Sarah A. Soule. 2004. „The use of newspaper data in the study of collective action“. *Annual Review of Sociology* 30 (1): 65–80. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.30.012703.110603>.
- Fillieule, Olivier, und Philippe Blanchard. 2010. „Individual Surveys in Rallies (INSURA): A New Tool for Exploring Transnational Activism?“ In *The Transnational Condition: Protest Dynamics in an Entangled Europe*, herausgegeben von Simon Teune. Berghahn Books.
- Giugni, Marco, Ruud Koopmans, Florence Passy, und Paul Statham. 2005. „Institutional and Discursive Opportunities for Extreme-Right Mobilization in Five Countries“. *Mobilization: An International Quarterly* 10 (1): 145–62.
<https://doi.org/10.17813/mai.10.1.n40611874k2311v7>.
- Goldmann, Fabian. 2025. *Staats(räson)funk*. Manifest Verlag. <https://manifest-buecher.de/produkt/staatsraesonfunk/>.
- Grimm, Jannis Julien. 2024. „On Academic Integrity and Historic Responsibility: Shrinking Spaces for Critical Debate in Germany after October 7“. In *The War on Gaza and Middle East Political Science*, Bd. 51. POMEPS Studies. Project on Middle East Political Science. https://pomeps.org/wp-content/uploads/2024/04/POMEPS_Studies_51_Web-1.pdf.
- Grimm, Jannis Julien, und Lilian Mauthofer. 2025. „Multi-Perspectivity & Ethical Representation in the Context of Gaza & October 7: Addressing the Semantic Void“. *Daedalus* 154 (2): 169–88.
https://doi.org/10.1162/daed_a_02146.
- Grimm, Jannis Julien, Lilian Mauthofer, Thaddäa Sixta, und Elias Steinhilper. 2025. „Discursive Conditions of Solidarity Mobilization: Selective Visibility, Fragmented Representation and the Securitisation of Palestine Solidarity“. Unpublished manuscript. Berlin.
- Haugbolle, Sune, und Pelle Valentin Olsen. 2023. „Emergence of Palestine as a Global Cause“. *Middle East Critique* 32 (1): 129–48.
<https://doi.org/10.1080/19436149.2023.2168379>.
- Haunss, Sebastian, Priska Daphi, Jan Matti Dollbaum, Jannis Julien Grimm, und Larissa Meier. 2023. *Klimaproteste in Deutschland – wenig Abgrenzung zwischen den Protestgruppen*. Institut für Protest- und Bewegungsforschung. <https://protestinstitut.eu/publikationen/klimaproteste-in-deutschland-wenig-abgrenzung-zwischen-den-protestgruppen/>.
- Hever, Shir. 2019. „BDS Suppression Attempts in Germany Backfire“. *Journal of Palestine Studies* 48 (3): 86–96. <https://doi.org/10.1525/jps.2019.48.3.86>.
- Human Rights Watch. 2024. *Extermination and Acts of Genocide: Israel Deliberately Depriving Palestinians in Gaza of Water*. Dezember 19.
<https://www.hrw.org/report/2024/12/19/extermination-and-acts-genocide/israel-deliberately-depriving-palestinians-gaza>.
- IAGS. 2025. „IAGS Resolution on the Situation in Gaza“. August 31. <https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf>.
- Klandermans, Bert. 2022. „Survey Research“. In *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*. John Wiley & Sons, Ltd.
<https://doi.org/10.1002/9780470674871.wbespm208.pub2>.
- Koch, Katharina, und Nora Jasmin Ragab. 2018. *Mapping and Study of the Palestinian Diaspora in Germany*. Centre for International Migration and Development. https://diaspora2030.de/fileadmin/files/Service/Publikationen/Studien_zu_Diaspora-Aktivitaeten_in_Deutschland/giz-2018-en-diasporastudy-palestine.pdf.
- Leber, Sebastian. 2025. „Gaza-Protesttag mit internen Konflikten: Warum die Linke Angst vor ihrer eigenen Demonstration hat“. *Tagesspiegel* (Berlin), September 26. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/gaza-protesttag-mit-internen-konflikten-warum-die-linke-angst-vor-ihrer-eigenen-demonstration-hat-14389808.html>.
- Marwecki, Daniel. 2020. *Germany and Israel: White-washing and Statebuilding*. Oxford University Press.
- Mauthofer, Lilian, und Jannis Julien Grimm. 2025. „Zwischen Wissenschaftsfreiheit und Palästina-Solidarität: Deutsche Hochschulen als umkämpfte Räume“. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 37 (1).
- McCammon, Holly J., Harmony D. Newman, Courtney Sanders Muse, und Teresa M. Terrell. 2007. „Movement Framing and Discursive Opportunity Structures: The Political Successes of the U.S. Women’s Jury

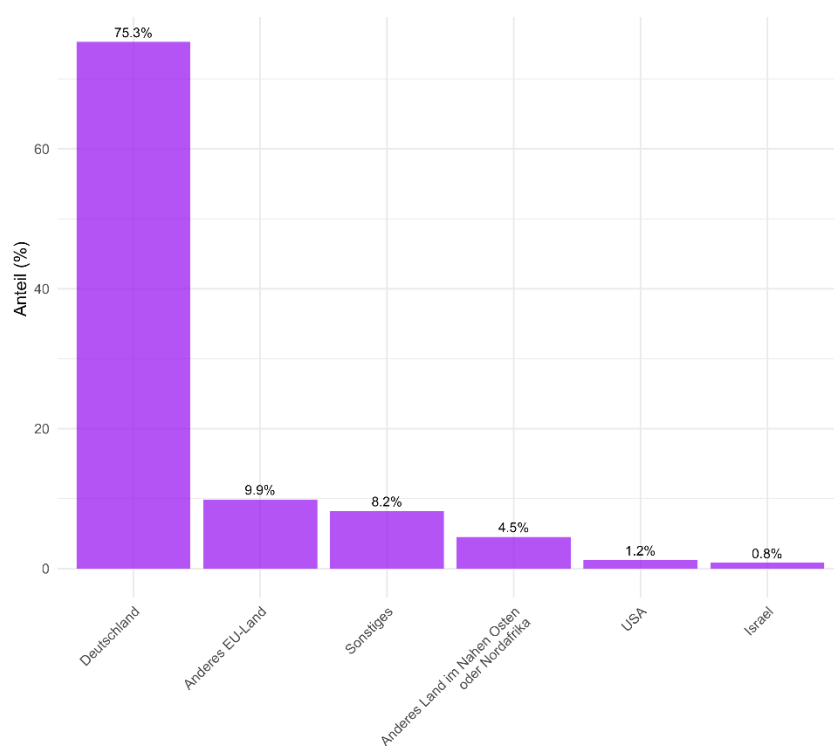
- Movements“. *American Sociological Review* 72 (5): 725–49.
<https://doi.org/10.1177/000312240707200504>.
- Meier, Larissa, und Priska Daphi. 2025. *Konflikte um Frieden*. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. März 31. <https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.1515/fjsb-2025-2015/html>.
- Meier, Larissa, Priska Daphi, und Sebastian Haunss. 2023. „Stoppt die Kriege – Abrüstung und Deeskalation jetzt!“ – ipb – Institut für Protest- und Bewegungsforschung. 2/2023. ipb working papers. Institut für Protest- und Bewegungsforschung. <https://protestinstitut.eu/publikationen/stoppt-die-kriege-abruestung-und-deeskalation-jetzt-eine-befragung-des-ostermarschs-in-bielefeld-2022/>.
- O'Brien, Melanie. 2025. „Is Genocide Happening in Gaza?“ *Opinio Juris*, August 4. <https://opiniojuris.org/2025/08/04/is-genocide-happening-in-gaza/>.
- Pallies, palestine reveals, Palästina Spricht, und ADU. 2025. *Repression of Palestine Solidarity in Germany*. Juli 17. <https://www.palaestinaspricht.de/news/report-repression-of-palestine-solidarity-in-germany>.
- Peterson, Abby, Mattias Wahlström, und Magnus Wennerhag. 2018a. „'Normalized' Pride? Pride Parade Participants in Six European Countries“. *Sexualities* 21 (7): 1146–69.
<https://doi.org/10.1177/1363460717715032>.
- Peterson, Abby, Mattias Wahlström, und Magnus Wennerhag. 2018b. *Pride Parades and LGBT Movements: Political Participation in an International Comparative Perspective*. Herausgegeben von Abby Peterson. *Gender and Comparative Politics*. Taylor & Francis Routledge [Imprint].
- Rainsford, Emily, und Clare Saunders. 2024. *Chapter 18: Using Surveys to Study Demonstrators*. <https://www.elgaronline.com/edcollchap/book/9781803922027/book-part-9781803922027-25.xml>.
- Rucht, Dieter, Elias Steinhilper, und Piotr Kocyba. 2024. *Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander*. 2/2024. Institut für Protest- und Bewegungsforschung. <https://protestinstitut.eu/publikationen/fuer-vielfalt-toleranz-und-miteinander/>.
- Rüdiger, Wolfgang. 2008. „Assessing Nonresponse Bias in Activist Surveys“. *Quality & Quantity* 44 (1): 173–80.
<https://doi.org/10.1007/s11135-008-9184-9>.
- Stekelenburg, Jacqueliën van, Stefaan Walgrave, Bert Klandermans, und Joris Verhulst. 2012. „Contextualizing Contestation. Framework, Design and Data“. *Mobilization: An International Journal* 17 (3): 249–62.
<https://doi.org/10.17813/maiq.17.3.a4418x2q772153x2>.
- Strippel, Christian, Kai Hafez, Carsten Reinemann, und Mandy Tröger. 2025. „Freiheit zu schweigen? Die deutsche Kommunikationswissenschaft im Nahostdiskurs“. *Global Media Journal-German Edition* 15 (1). <https://www.globalmediajournal.de/index.php/gmj/article/view/344>.
- tagesschau.de. 2025. „60.000 Menschen demonstrieren in Berlin gegen Krieg im Gazastreifen“. tagesschau.de, September 27. <https://www.tagesschau.de/inland/regional/berlin/demo-gaza-protest-berlin-102.html>.
- Teune, Simon, und Peter Ullrich. 2015. *Analyse: Demonstrationsbefragungen – Grenzen einer Forschungsmethode*. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. September 1. <https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.1515/fjsb-2015-0313/html>.
- Tröger, Mandy, und Kai Hafez. 2024. „Der Gaza-Krieg, die deutschen Medien und die »falsche Seite der Geschichte«?“ *Journalistik* 7 (2): 238–47.
<https://doi.org/10.1453/2569-152X-22024-14224-de>.
- Ullrich, Peter. 2024. „Wird ausgerechnet anti-antisemitismus zum vehikel und katalysator der gegenwärtigen autoritären wende?“ *The Cultural Memory of the Lebanese Civil War-Revisited. Luxemburg: Gesellschaftsanalyse und Linke Praxis* 2 (Dezember). https://doi.org/10.1163/9789004710627_013.
- Ullrich, Peter. 2025. „Bitte keine Polizei – der «Fall ASH» und der autoritäre Anti-Antisemitismus“. *Berlin Review*. <https://blnreview.de/ausgaben/2025-09/peter-ullrich-autoritaerer-anti-antisemitismus-alice-salomon-hochschule>.
- Walgrave, Stefaan, und Joris Verhulst. 2011. „Selection and Response Bias in Protest Surveys“. *Mobilization* (San Diego) 16 (2): 203–22.
- Walgrave, Stefaan, Ruud Wouters, und Pauline Ketelaars. 2016. „Response Problems in the Protest Survey Design: Evidence from Fifty-One Protest Events in Seven Countries*“. *Mobilization: An International Quarterly* 21 (1): 83–104.
<https://doi.org/10.17813/1086/671X-21-1-83>.

Anhang

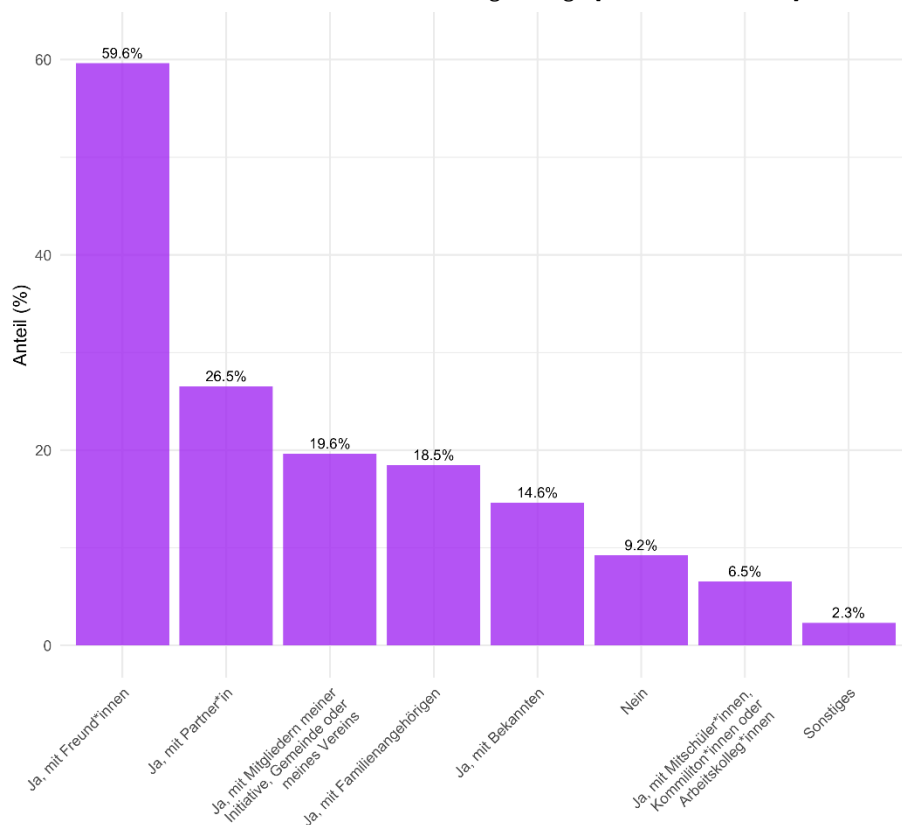
Grafik 1: Was ist Ihr bislang höchster Bildungsabschluss?



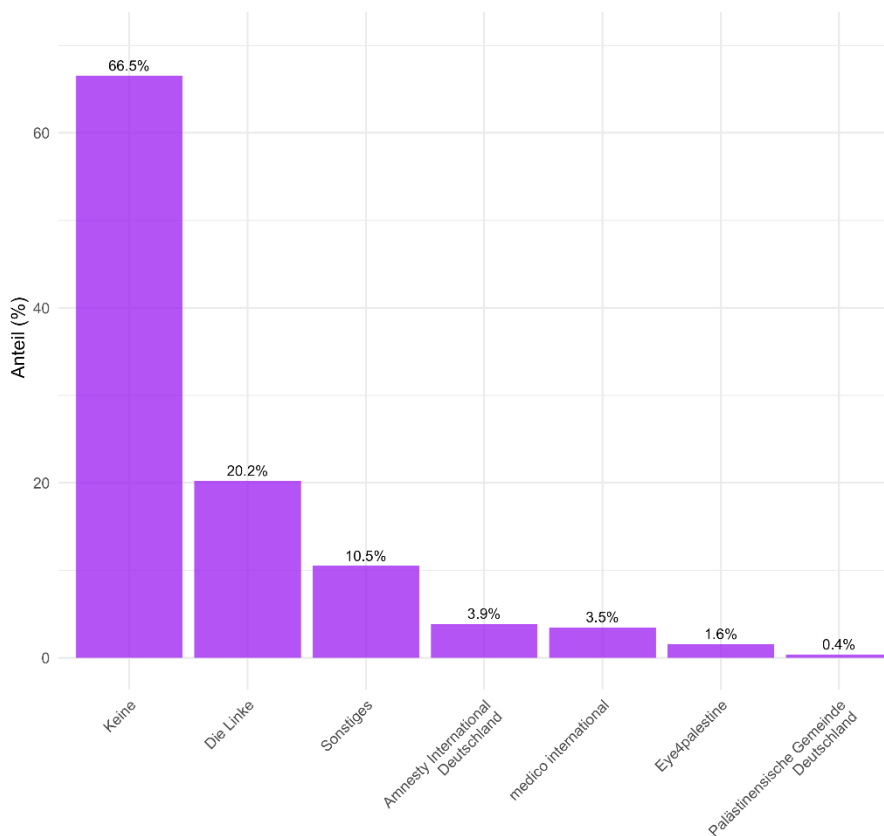
Grafik 2: Wo wurden Sie geboren?



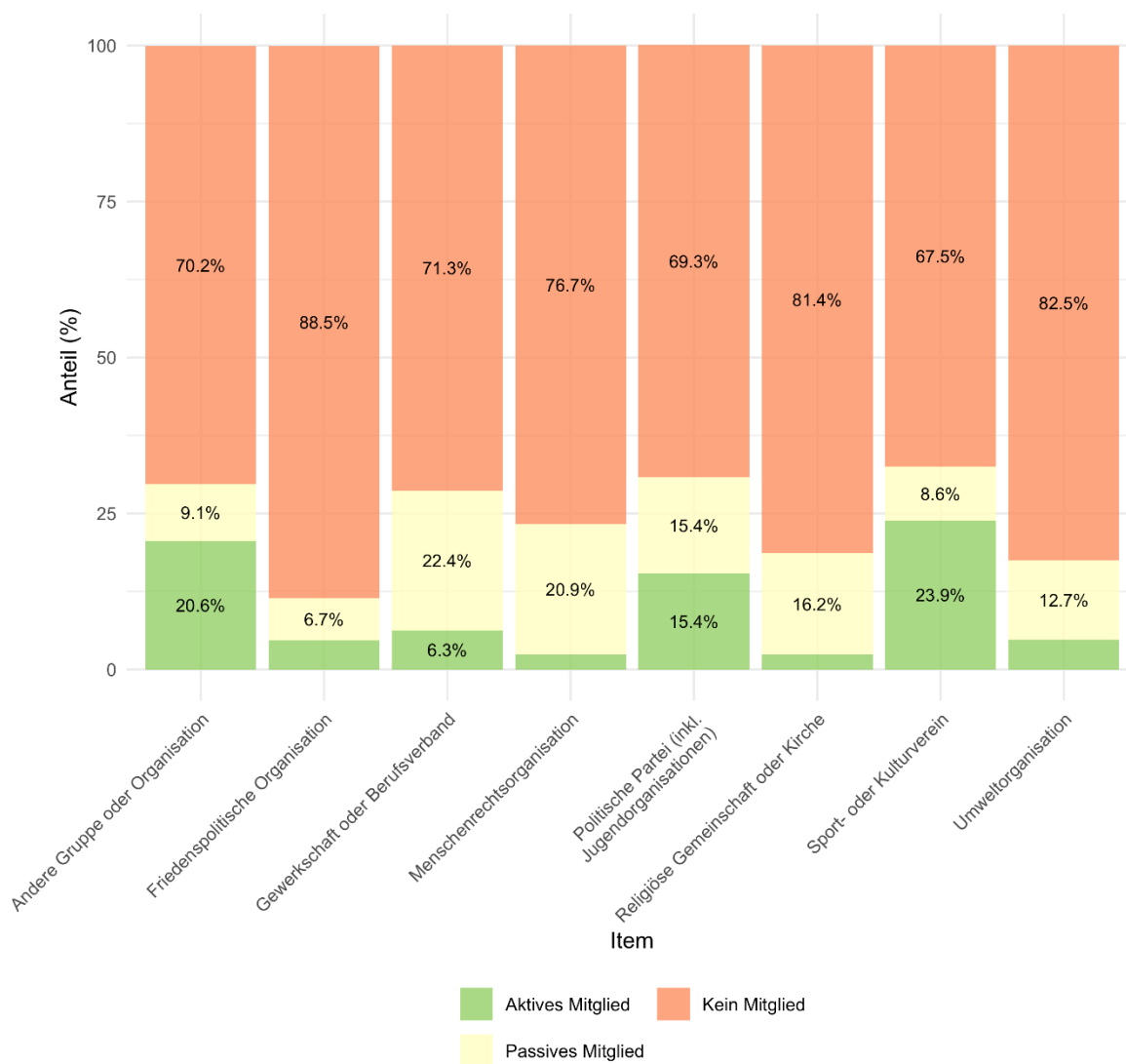
Grafik 3: Waren Sie auf dieser Demonstration in Begleitung? [Mehrfachauswahl]



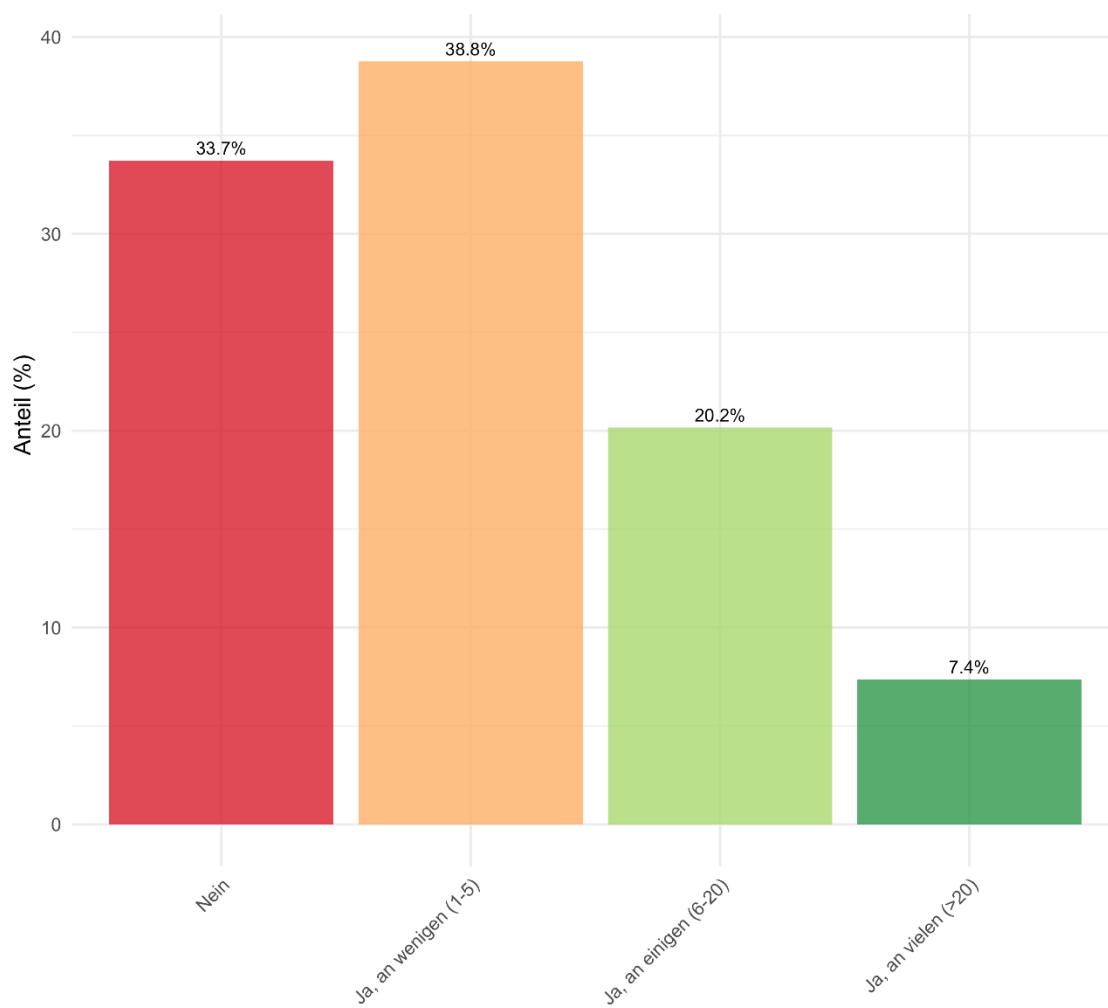
Grafik 4: Für die Demonstrationen hat ein breites Bündnis verschiedener Organisationen und Initiativen mobilisiert. In welcher der Organisationen, die zur Demo aufgerufen haben, engagieren Sie sich? [Mehrfachauswahl]



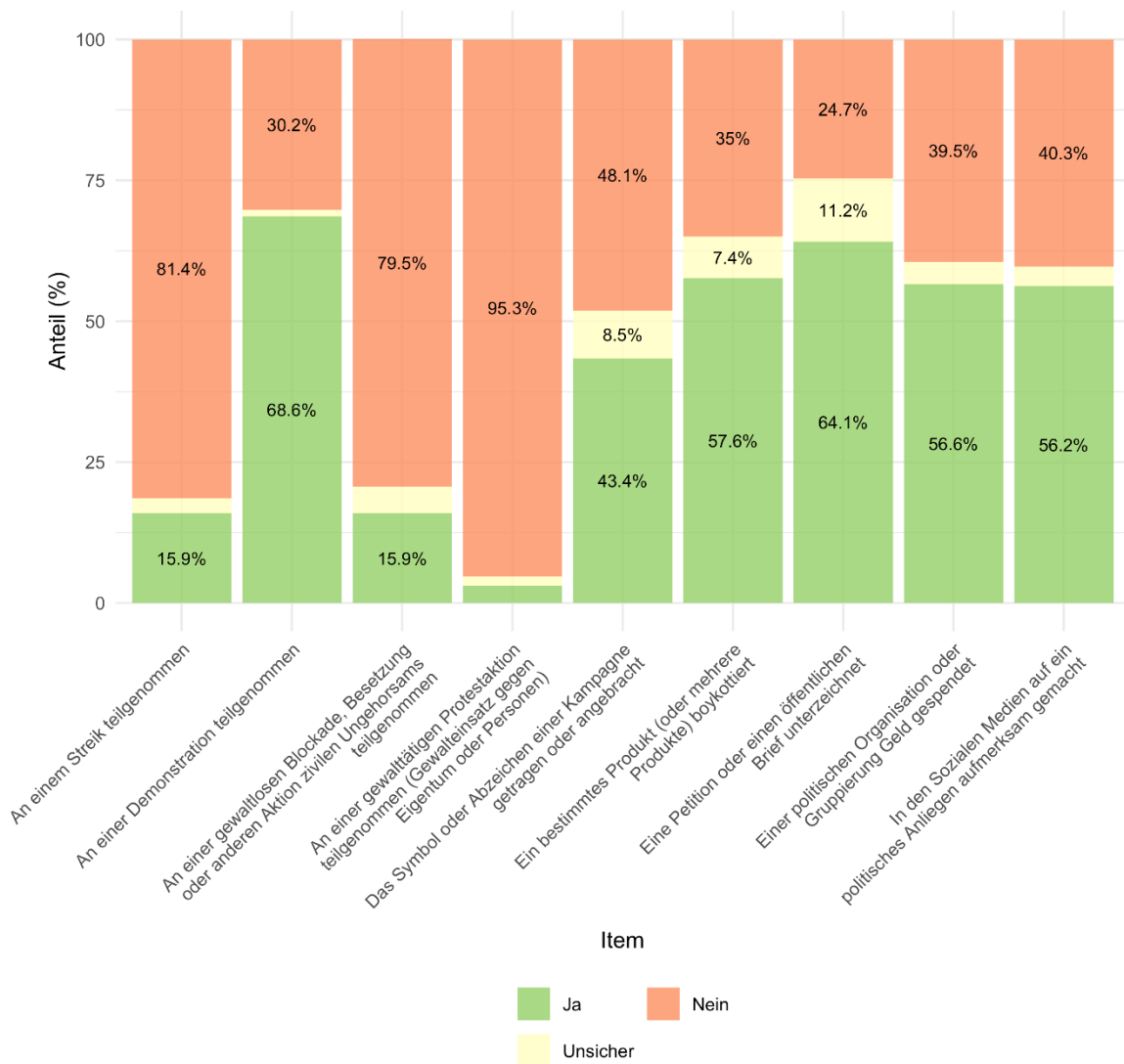
Grafik 5: Waren Sie in den vergangenen 12 Monaten in einer der folgenden Organisationen passives oder aktives Mitglied?



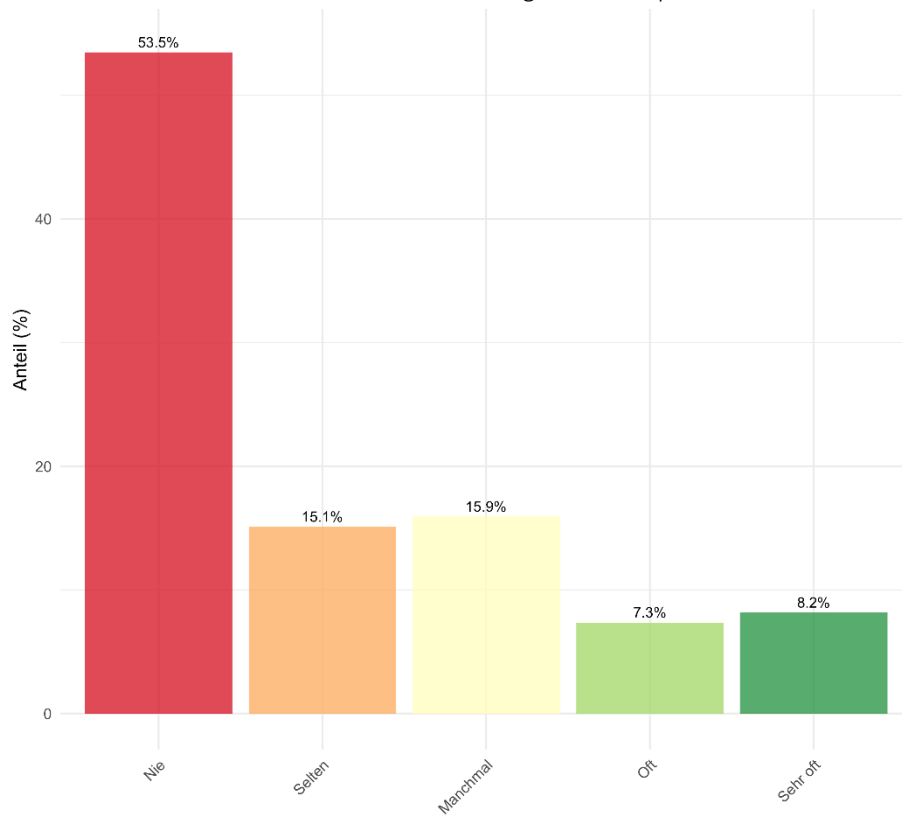
Grafik 6: Haben Sie zuvor bereits an einer anderen Demonstration mit Gaza-Bezug teilgenommen?



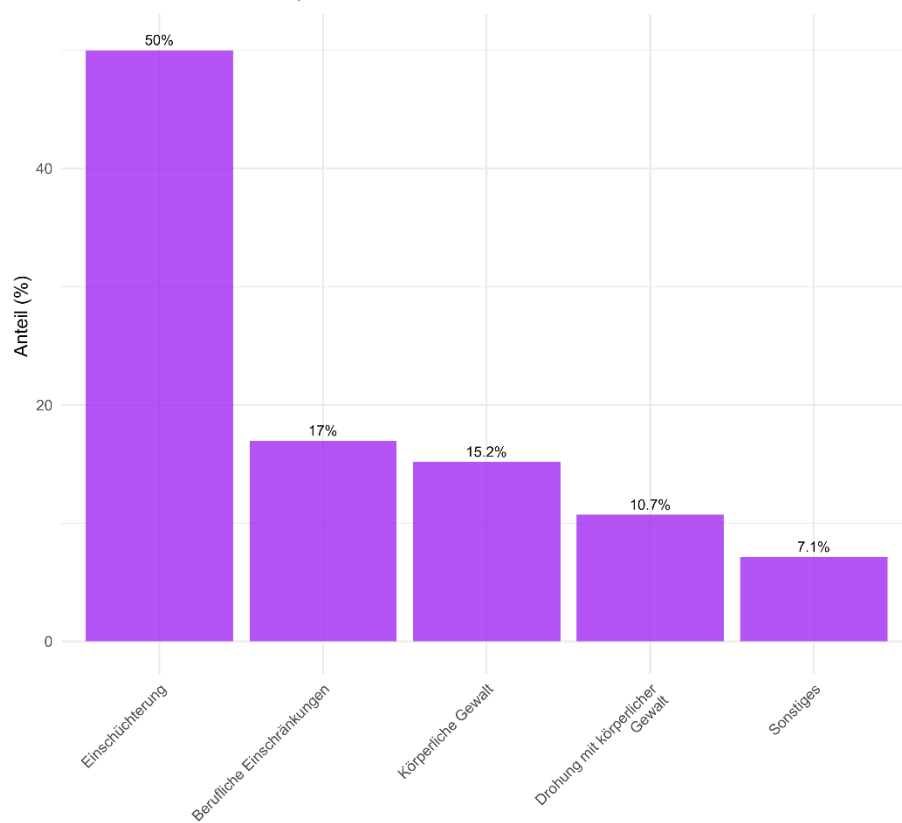
Grafik 7: Haben Sie sich in den letzten zwei Jahren an einer der folgenden Aktivitäten in Bezug auf Gaza beteiligt?



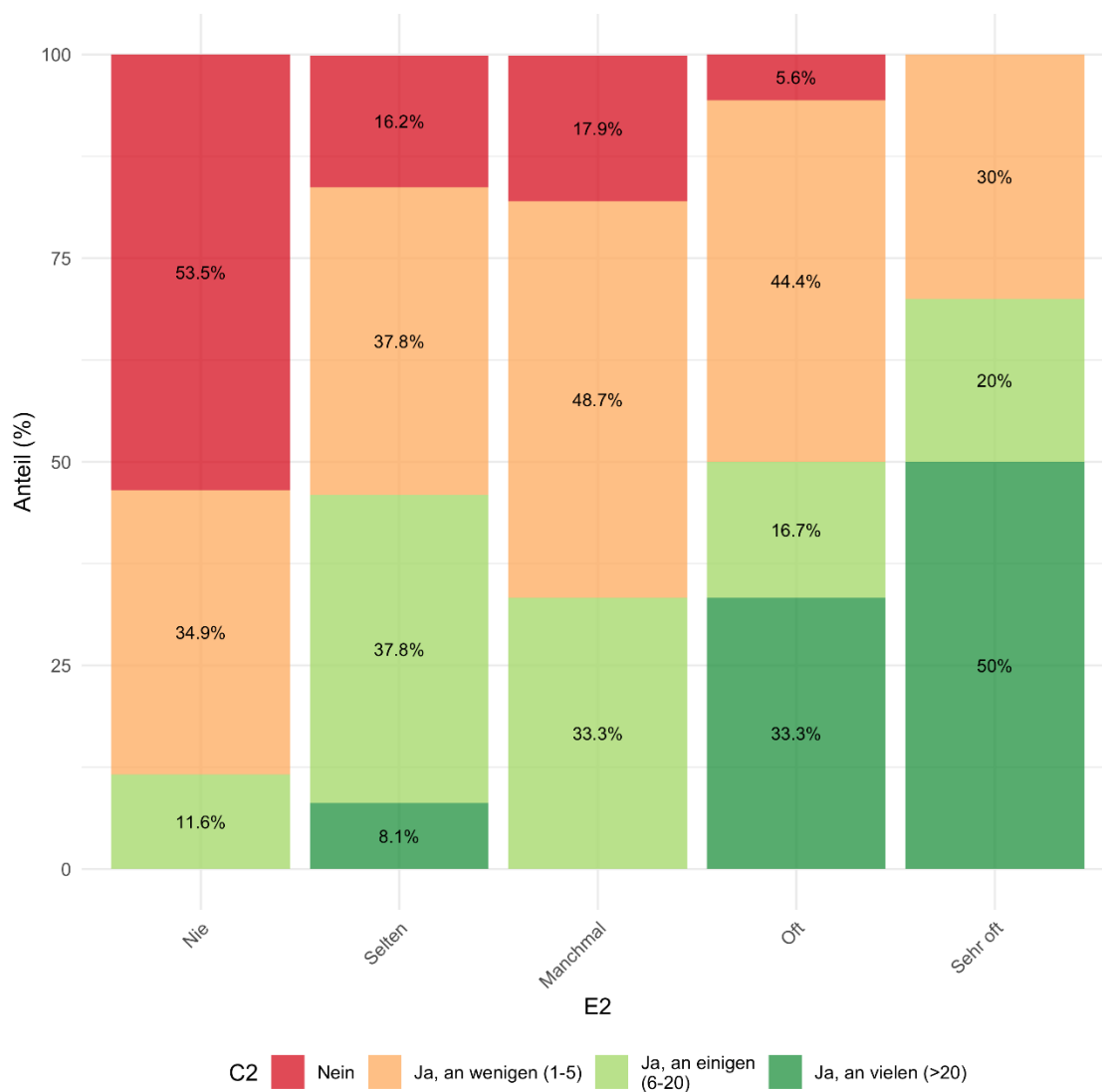
Grafik 8: Haben Sie im Kontext von Aktivitäten in Bezug zu Gaza Repressionen erfahren?



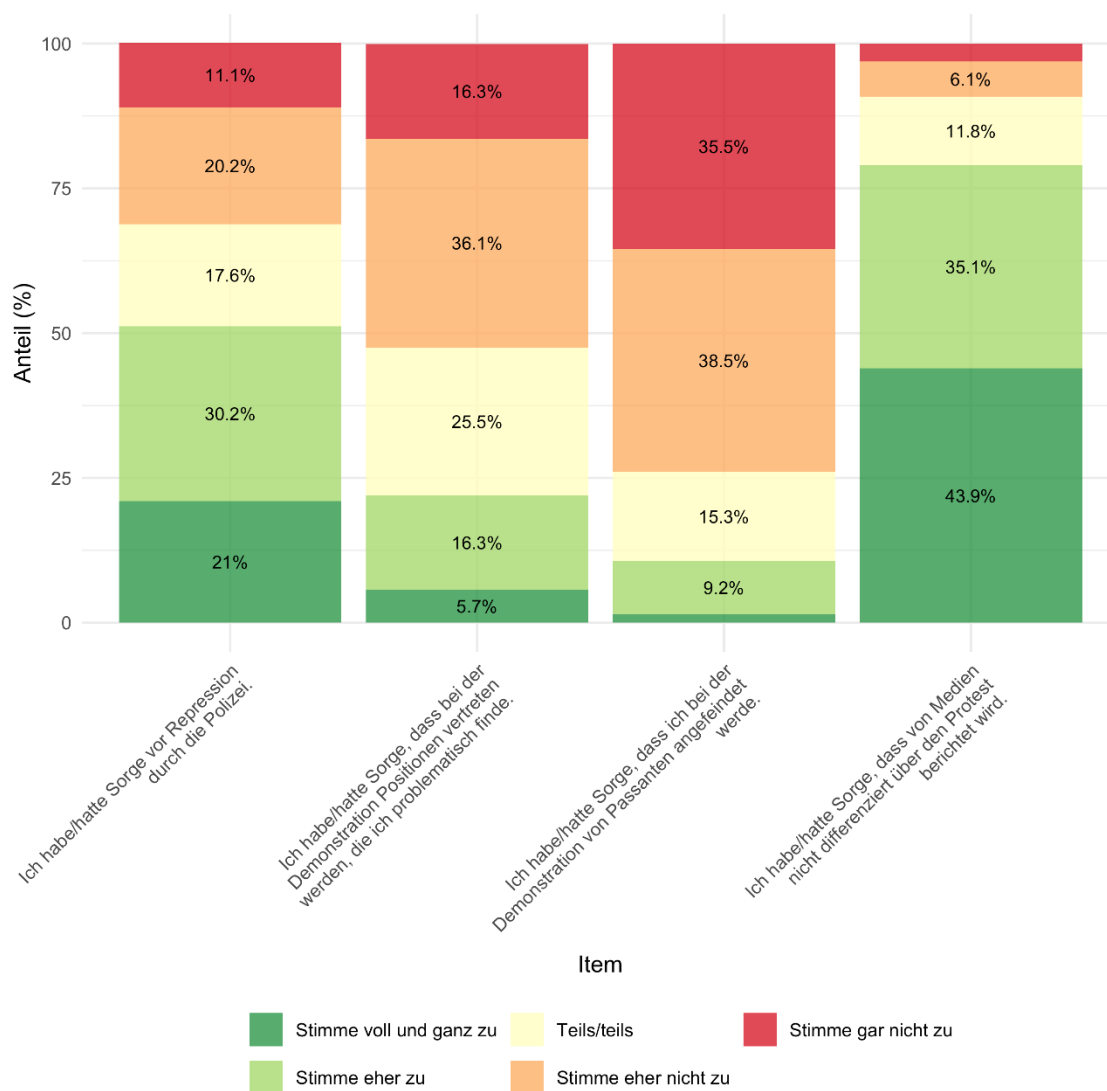
Grafik 9: Um welche Form der Repression handelt es sich?



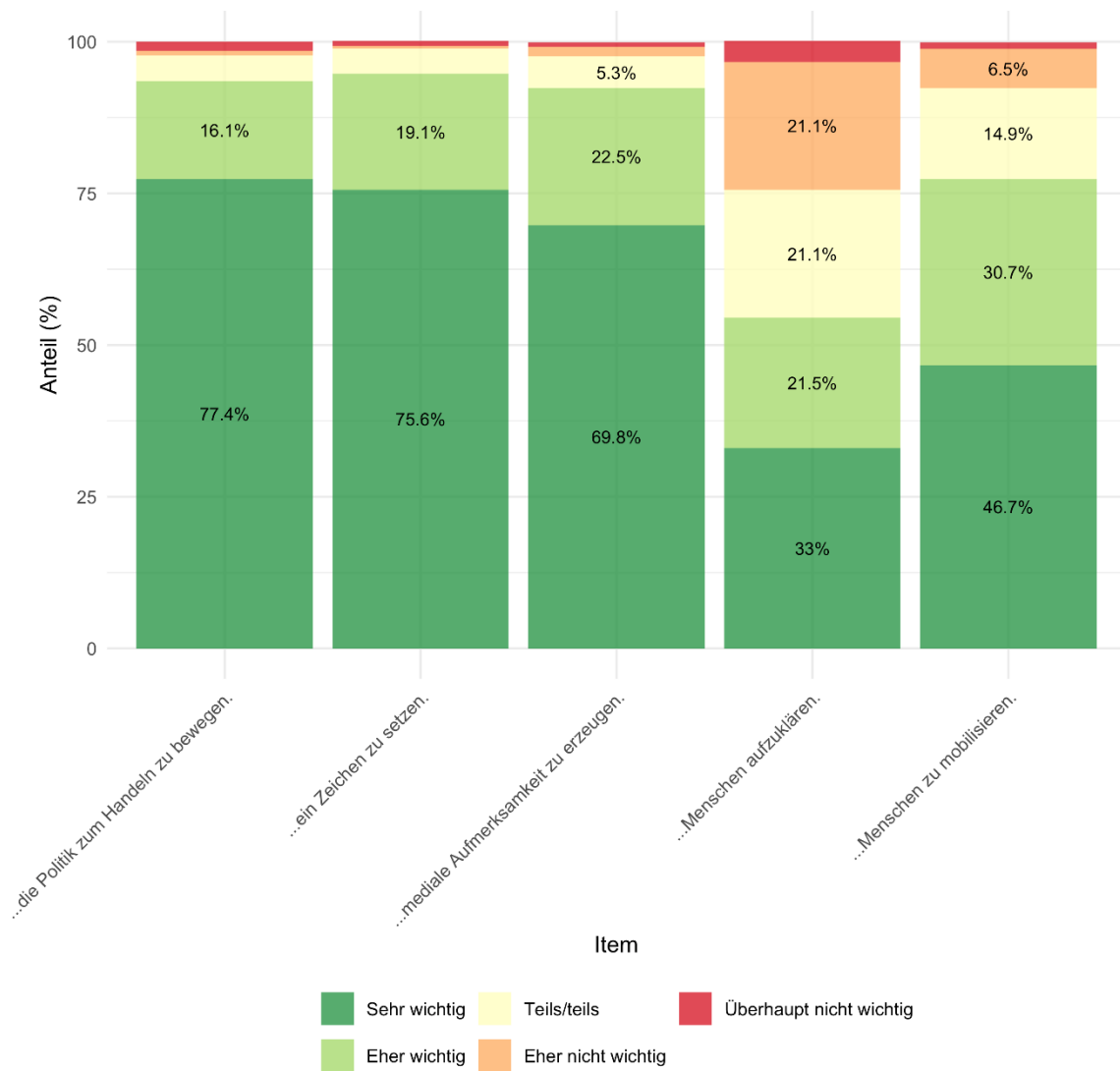
Grafik 10: Haben Sie im Kontext von Aktivitäten in Bezug zu Gaza Repressionen erfahren? x Haben Sie zuvor bereits an einer anderen Demonstration mit Gaza-Bezug teilgenommen?



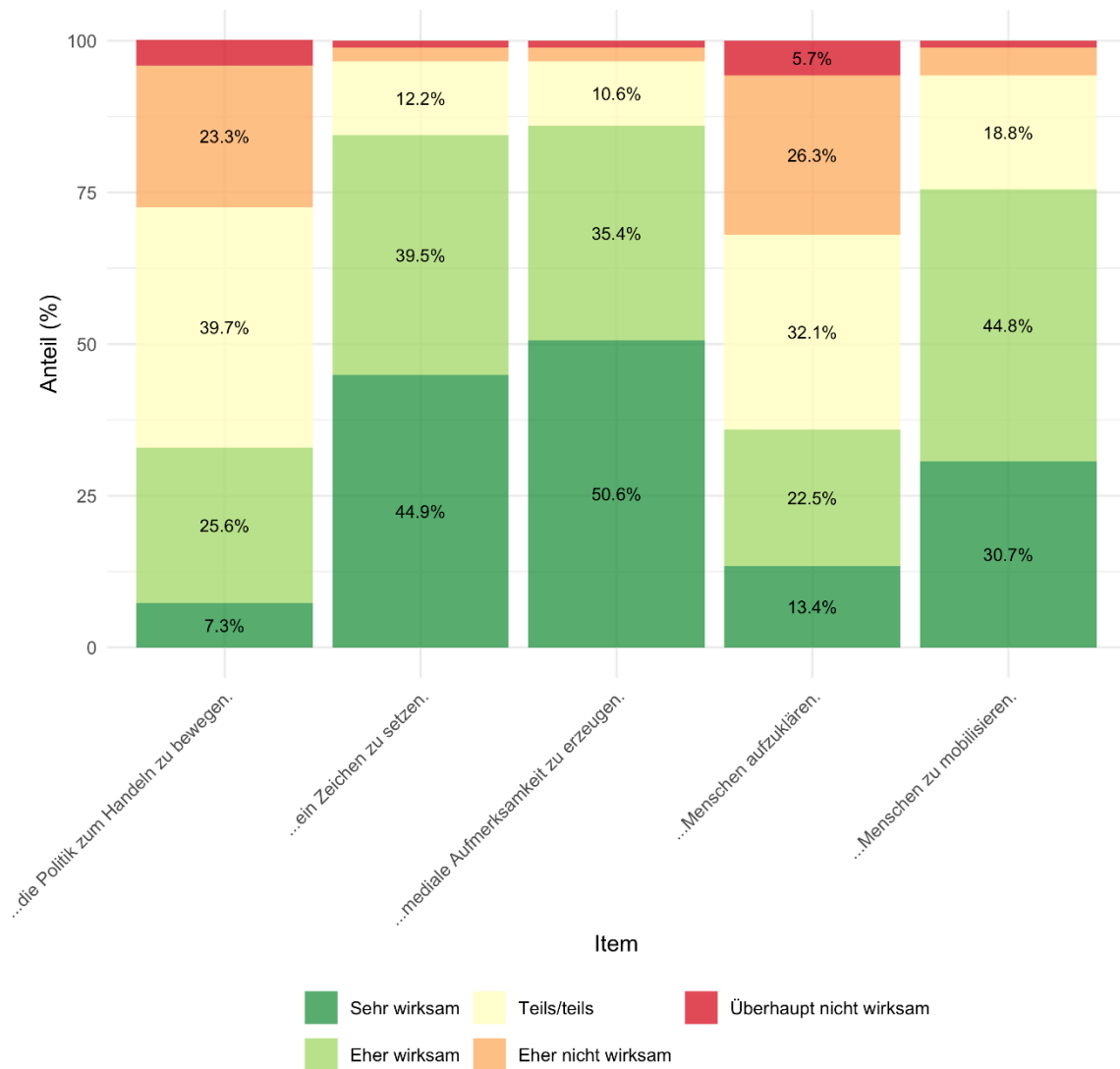
Grafik 11: Inwiefern stimmen Sie den Aussagen in Bezug auf die heutige Demonstration zu?



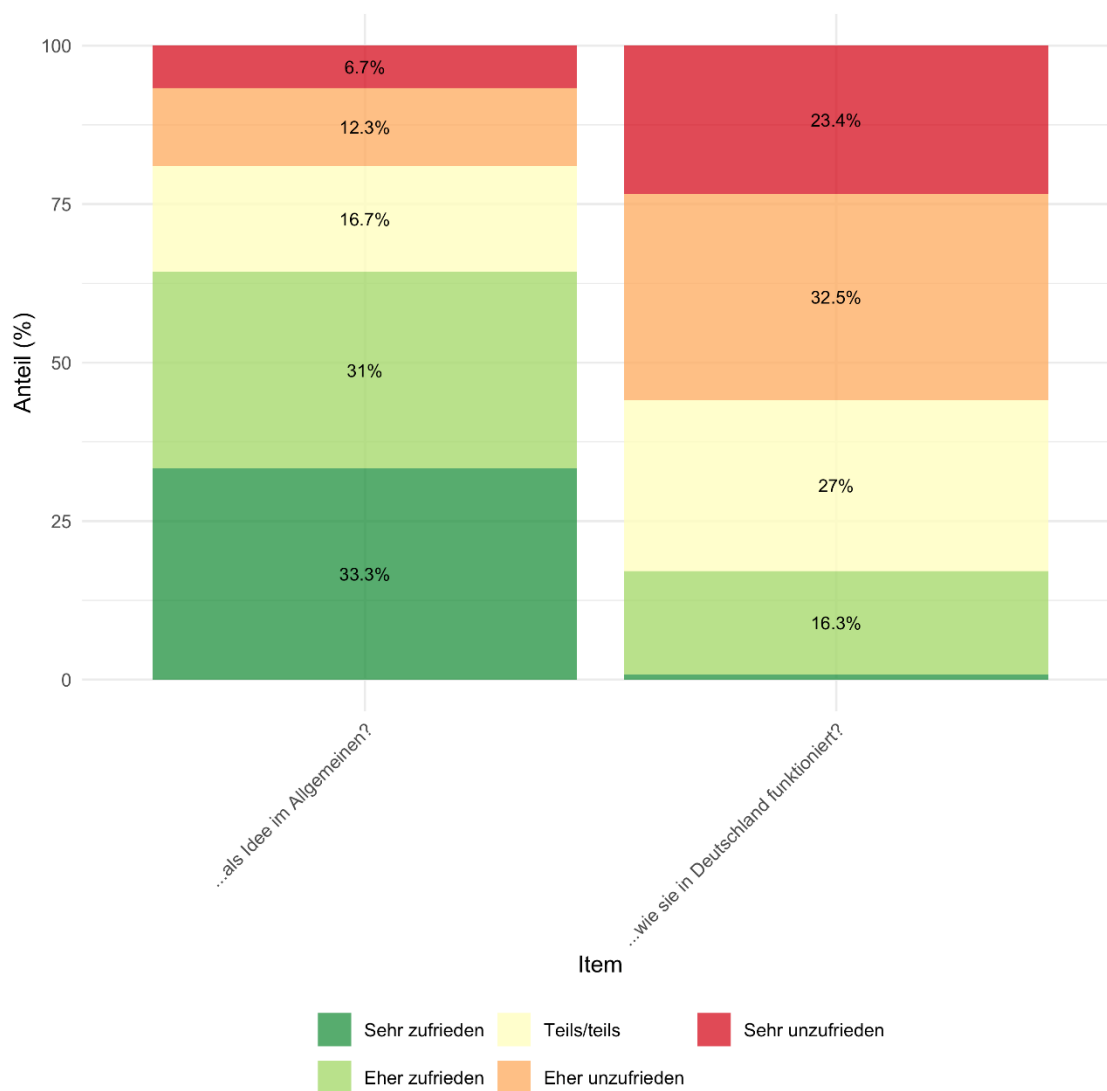
Grafik 12: Menschen nehmen an dieser Demonstration aus unterschiedlichen Motiven teil. Wie wichtig waren Ihnen folgende Motive?



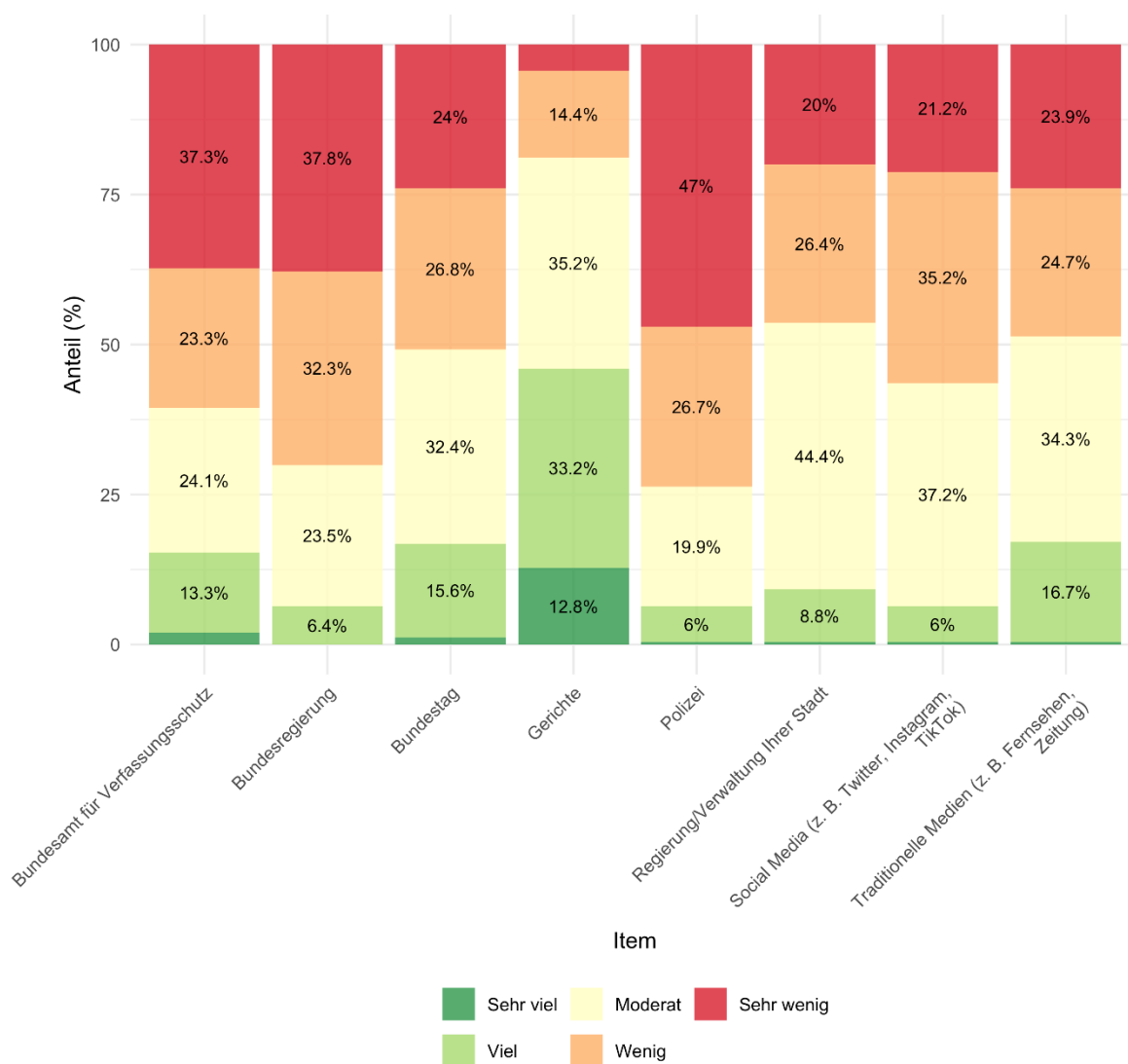
Grafik 13: Unabhängig von den Motiven stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit der Proteste. Für wie wirksam halten Sie die Demonstrationen in Solidarität mit Gaza, um. . .



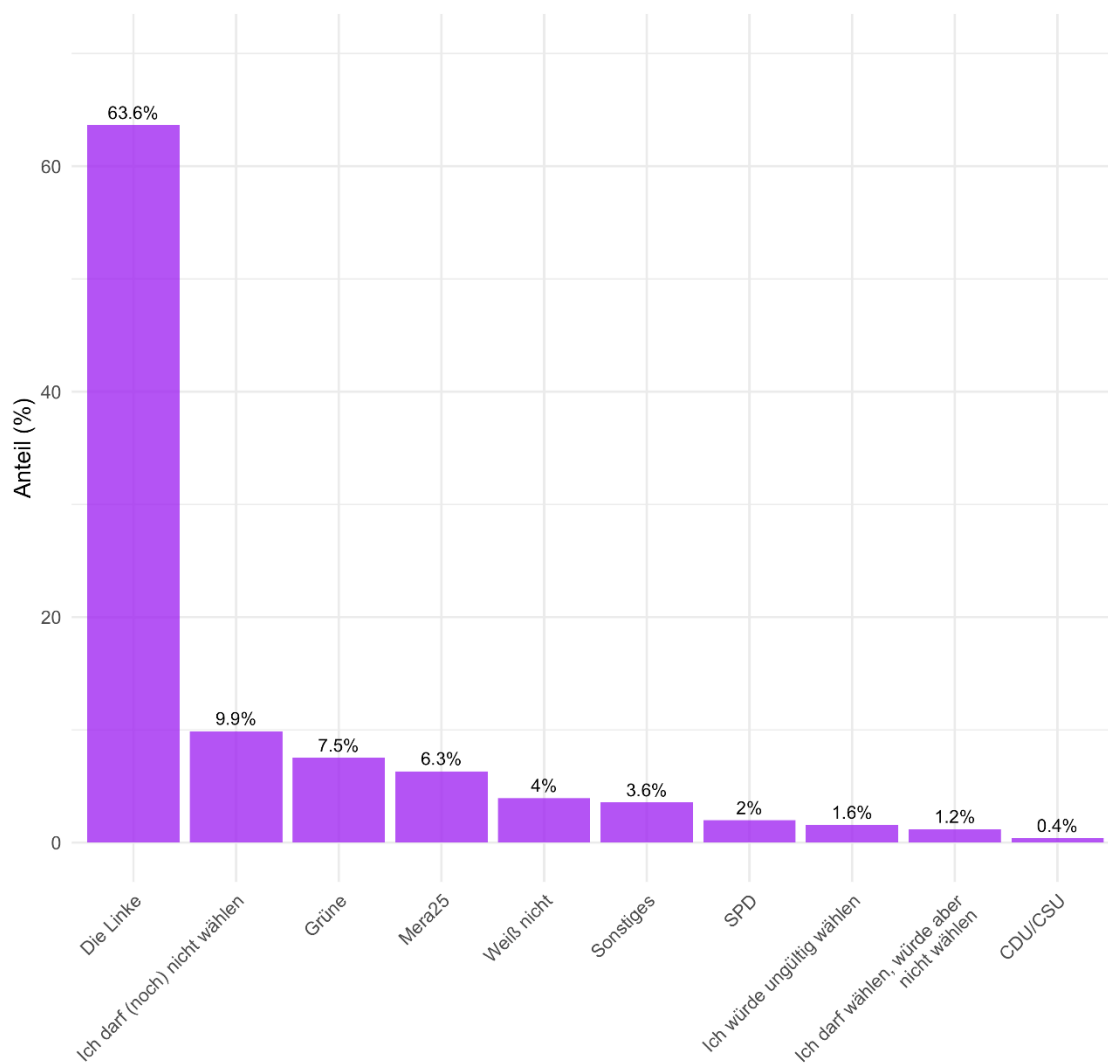
Grafik 14: Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie. . .



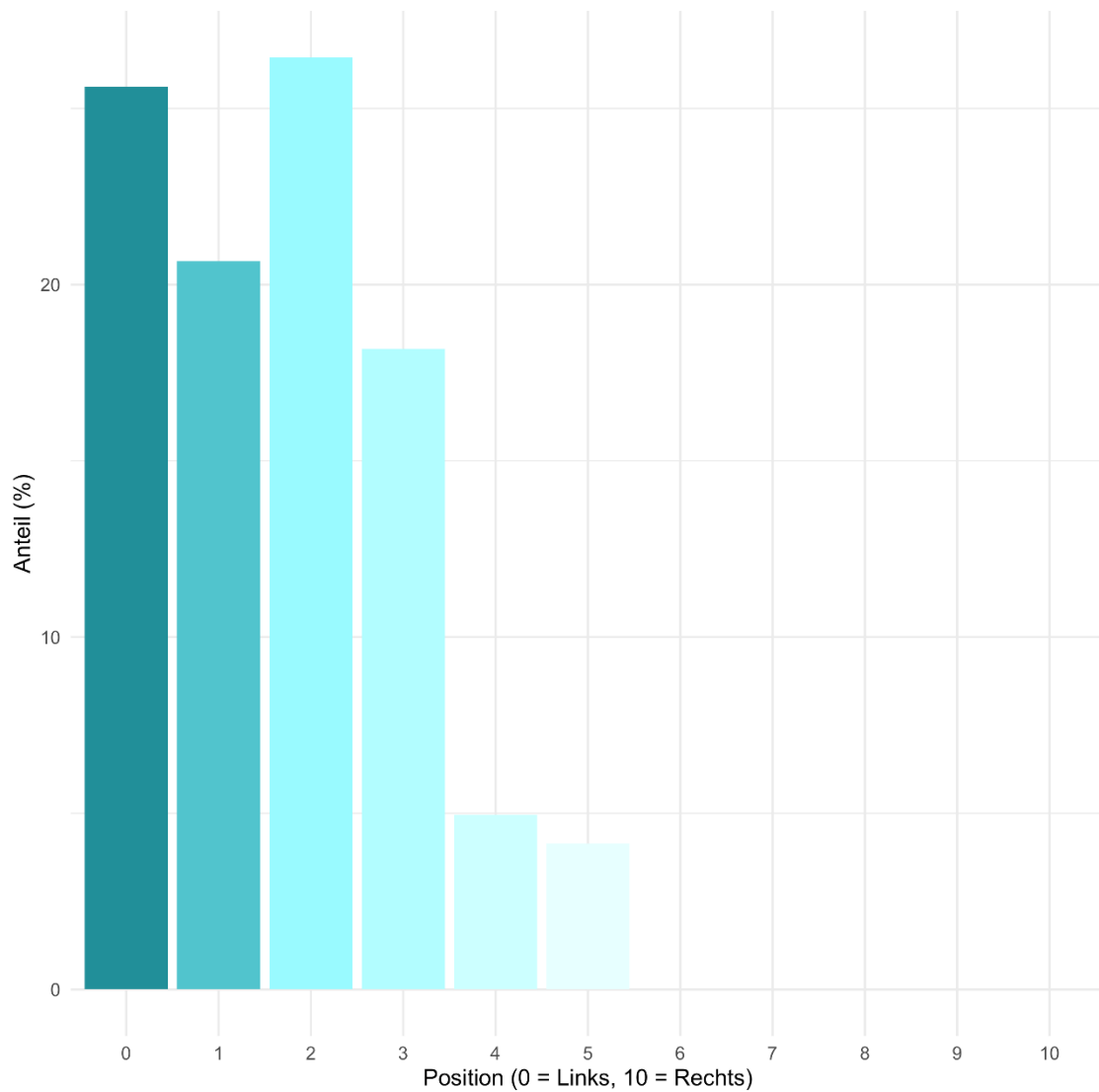
Grafik 15: Im Folgenden finden Sie eine Reihe öffentlicher Einrichtungen und Institutionen. Geben Sie bitte an, wie viel Vertrauen Sie in diese haben.



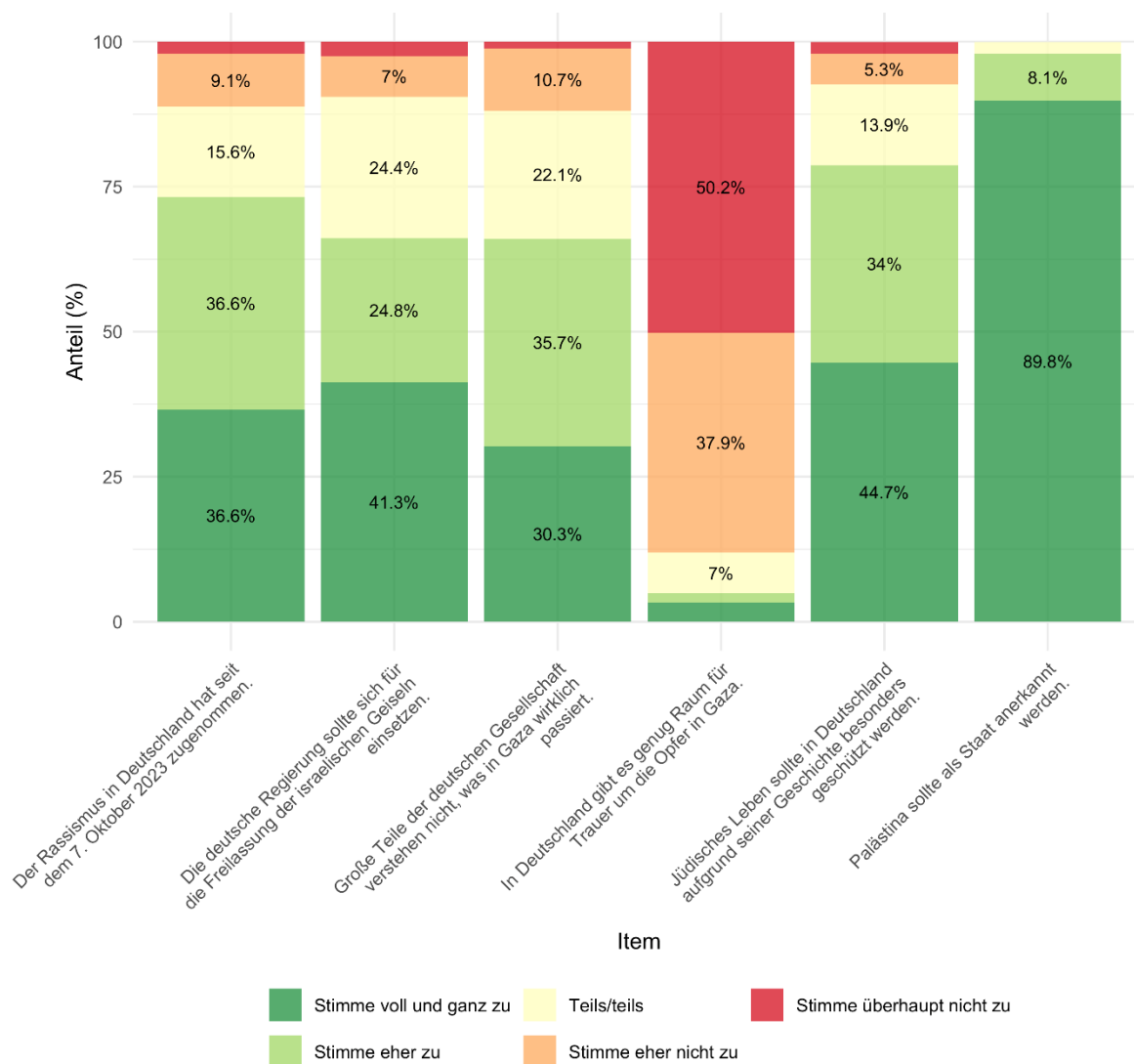
Grafik 16: Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



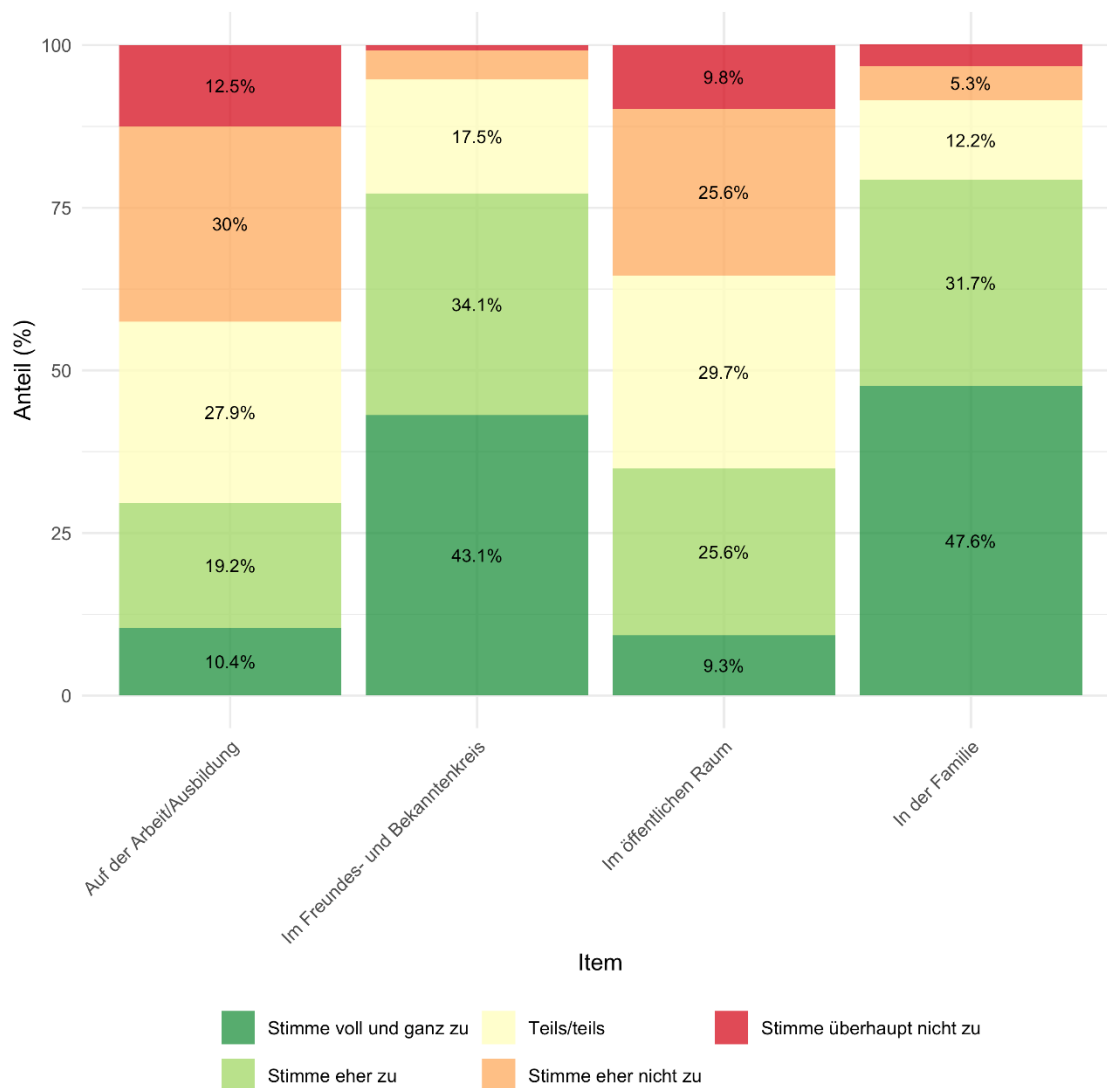
Grafik 17: In der Politik spricht man häufig von “links” und “rechts”. In der folgenden Skala steht “0” für jemanden, der ganz links steht und “10” für jemanden, der ganz rechts steht. Wo würden Sie sich auf dieser Skala einordnen?



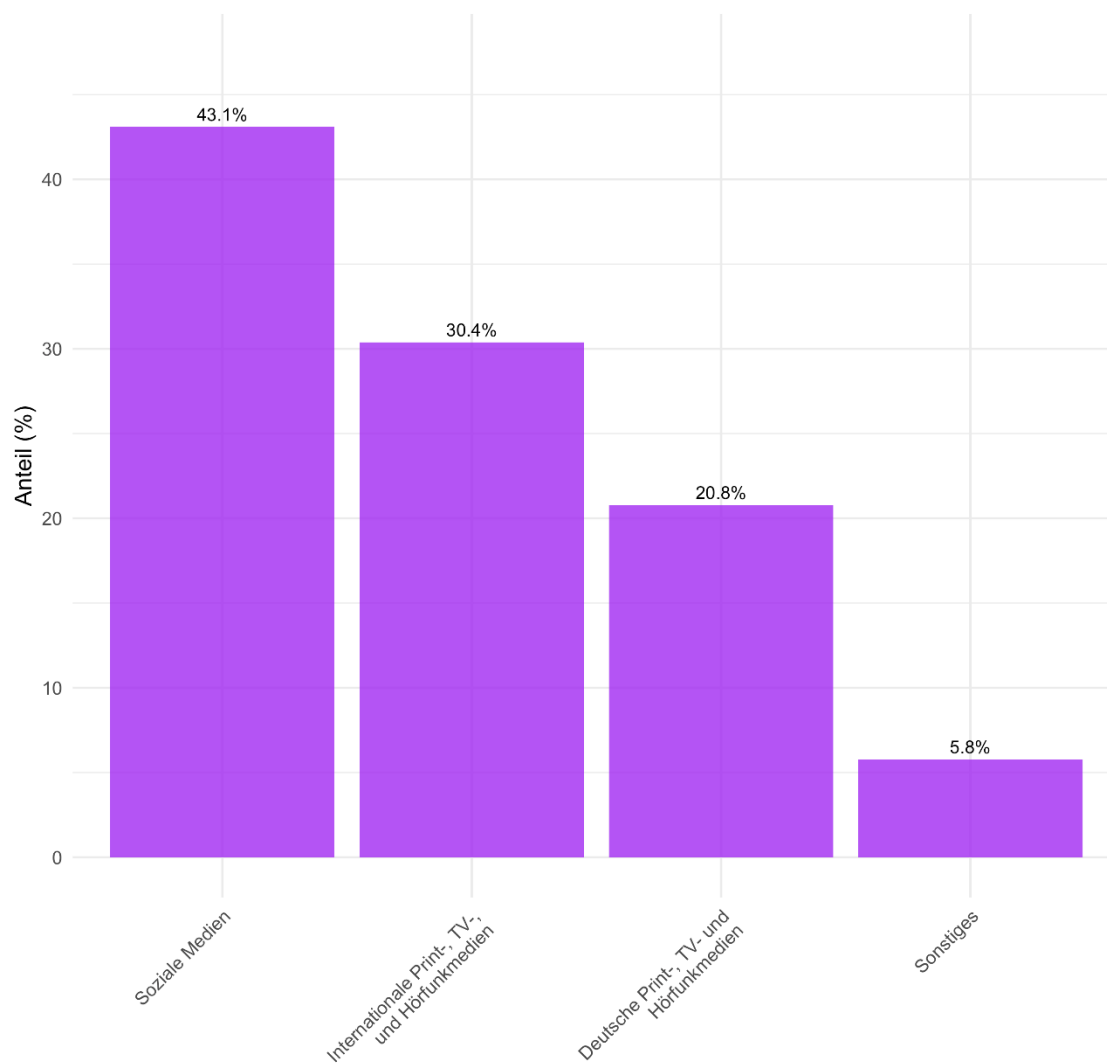
Grafik 18: Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum gesellschaftlichen Kontext in Deutschland zu? [Batterie]



Grafik 19: Denken Sie an unterschiedliche soziale Kontexte: Inwiefern können Sie der folgenden Aussage zustimmen: "Ich kann meine politische Haltung zu Gaza offen besprechen."



Grafik 20: Wie informieren Sie sich hauptsächlich zur Entwicklung in Gaza?



Zuletzt sind die folgenden ipb working paper erschienen:



Kleine Stadt, großer Christopher Street Day: Sichtbar politisiert, polizeikritisch und trans*formativ - Demonstrationsbeobachtung des CSD Marburg vom 05.07.2024

Autor*innen: Felix Anderl, Zaha Al Ghusain, Carolin Büchter, Luisa Bühler, Judith Susanna Braun, Kely Johanna Calle, Lara Diedrigkeit, Barbara Durrer, Sophia Isa, Jan Laukötter, Jonas Oeynhausens, Jonathan Pinell, Maresa Otten, Laura ReisserDieter Rucht

Veröffentlicht: Juli 2025 (1/2025)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/kleine-stadt-grosser-christopher-street-day/>



Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander: Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt

Autor: Dieter Rucht

Veröffentlicht: (2/2024)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/fuer-vielfalt-toleranz-und-miteinander/>



Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle

Autor*innen: Dieter Rucht

Veröffentlicht: (1/2024)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/fuer-demokratie-gegen-rechtsextremismus/>

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

<https://protestinstitut.eu/>